

SAFER WORLD is a private independent international internet information network

www.safer-world.org

newsletter 97 / 09. 05. 2006

AKTIV - foodwatch VIG-Kampagn

Von foodwatch:

Die Resonanz auf die foodwatch VIG-Kampagne ist überwältigend: Über 2.300 Menschen haben bisher an der Online-Aktion www.ess-wissen.de teilgenommen.

Hunderte von foodwatch-Mitgliedern haben sich die exklusiv für die Mitglieder hergestellten Buttons und Aufkleber zuschicken lassen, um die Aktion bekannter zu machen. Knapp 800 Mitglieder haben bisher die Petitionskarten aus dem Mitgliedermagazin, den foodwatch-Nachrichten, an foodwatch zurückgesendet. Täglich treffen weitere Unterzeichnungen ein, auch über die ausgelegten Unterschriftenlisten. Fast 200 Unterstützer haben gespendet.

Das foodwatch-Team ist begeistert, dass sich so viele Menschen für mehr Transparenz im Lebensmittelschunel und für mehr Demokratie auf dem Teller engagieren. Vielen herzlichen Dank!

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat reagiert und einen Brief an foodwatch geschrieben. Doch das Schreiben zeigt leider, dass die Politiker glauben, die Verbraucher mit ein bisschen mehr Informationen als bisher abspeisen zu können. foodwatch kritisiert die Einseitigkeit des bisherigen Verfahrens, weil das BMELV zwar die Standpunkte der Wirtschaftsverbände zum Thema angehört hat, aber nicht die der Verbraucher. Die Debatte zwischen foodwatch und dem Ministerium finden Sie unter:

<http://foodwatch.de/>

Die Medienresonanz seit dem Start der Kampagne ist beachtlich. Allein 140 Textbeiträge zum Thema VIG und der Kritik von foodwatch sind bisher erschienen. Eine Auswahl aus der Vielzahl der Pressebeiträge finden Sie unter:

<http://foodwatch.de>

Alle sollen ess-wissen! Falls Sie noch nicht mitgemacht haben: Gehen Sie bitte jetzt auf www.ess-wissen.de. Die Entscheidung für Ihr Recht fällt möglicherweise noch vor der Sommerpause, jede Unterschrift zählt.

Sagen Sie besonders laut: "Ich will ess-wissen!" und gewinnen Sie noch mehr Unterstützer. Auf der foodwatch-Homepage finden Sie Unterschriftenlisten zum herunterladen, ausdrucken und verteilen. Außerdem können Sie ein Banner auf Ihre Homepage setzen und die Mitmach-Aktion direkt online weiterempfehlen:

<http://foodwatch.de>

=====

CHEMIKALIEN - FEINSTAUB

08.05.06 von Greenpeace

Feinstaub: Greenpeace verklagt Bundesregierung / Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte soll Schutz der Gesundheit durchsetzen Hamburg/Straßburg

(ots) - Wegen des völlig unzureichenden Schutzes der Bevölkerung vor gefährlichem Feinstaub reicht Greenpeace heute am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg Beschwerde gegen die Bundesregierung ein. Die Regierung hat weder den Anteil des Dieselrußes am Feinstaub gesenkt, noch die EU-Richtlinie zum Schutz der Menschen vor Feinstaub ausreichend umgesetzt. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation sterben in Deutschland jährlich etwa 75.000 Menschen an den Folgen von Feinstaub. Greenpeace führte bereits im Jahr 2001 eine Klage gegen das Kraftfahrtbundesamt.

In Deutschland haben die Umweltschützer den Rechtsweg ausgeschöpft und können daher den EGMR anrufen. "Die Bundesregierung und der Bundesrat nehmen seit Jahren tatenlos hin, dass tausende Menschen frühzeitig an Dieselkrebs oder anderen Feinstaub-Krankheiten sterben", sagt Günter Hubmann, Verkehrsexperte von Greenpeace. "Offensichtlich scheut die Regierung die Konfrontation mit den Autoherstellern. Diese würden keine steuerliche Benachteiligung ihrer Dieselautos ohne Filter hinnehmen. Auch das Kompetenzgerangel mit den Ländern scheint die Bundesregierung nicht lösen zu wollen. Nun muss das Gericht dafür sorgen, dass die Menschen geschützt werden."

Die Bundesregierung hat bis heute keine der geplanten Maßnahmen umgesetzt, die die Belastung mit Dieselruß verringern. Dieser macht immerhin 15 bis 25 Prozent des Feinstaubes aus. Trotz Zusage gibt es keine steuerliche Förderung für Autofahrer, die ihr Dieselfahrzeug mit einem Rußfilter nachrüsten. Dies würde die Belastung mit Dieselruß wesentlich verringern. Es wurde bislang auch keine Kennzeichnung von Pkw verabschiedet, mit der Städte und Gemeinden zeitweise Fahrbeschränkungen oder -verbote regeln könnten. Greenpeace fordert von Bundesregierung und Bundesrat, den Kompetenzstreit um die Förderung von Filtern zu beenden. Sowohl ein Gesetz, das 1000 Euro Förderung für einen wirksamen Filter garantiert, als auch die Kfz-Kennzeichnung sollen so schnell wie möglich umgesetzt werden.

Bereits am 19./20. November 2003 forderte die Umweltministerkonferenz von Bund und Ländern (UMK) die umfassende steuerliche Förderung von Rußpartikelfiltern. Bundeskanzler Gerhard Schröder versprach sie für den 1. Januar 2005. An diesem Tag trat in Deutschland die EU-Richtlinie zum Schutz der Menschen vor Feinstaub in Kraft. Umweltminister Jürgen Trittin legte am 25. April 2005 die Eckpunkte einer Kfz-Kennzeichnung vor. Am 7. April 2006 beschloss der Bundesrat insbesondere auf Initiative von Bayern, entgegen den Vorstellungen der Bundesregierung die Kfz-Kennzeichnung nur teilweise umzusetzen.

Internet: www.greenpeace.de Originaltext: Greenpeace e.V.

07.04.2006. Vom Economy Verlag

Klein, gemein und unsichtbar - Dossier Feinstaub im neuen economy. Wissenschaftler fordern dringend Maßnahmen

Wien (pts/07.04.2006/14:00) - Im heurigen Winter kletterten die Tagesmittel von Feinstaub weit über den zugelassenen Richtwert. Graz war aufgrund der Beckenlage besonders betroffen. An 127 Tagen kam es zu Grenzwert-Überschreitungen. Wissenschaftler warnen und fordern Maßnahmen.

Das Ranking der Staubmetropolen

War in den 80er Jahren der "saure Regen" in aller Munde, so dürfte die erste Dekade des 21. Jahrhunderts vom "Feinstaub" in Beschlag genommen werden. Dass Feinstaub - in der Fachwelt als PM10 und PM2,5 (PM steht für Particulate Matter) bekannt - schädlich ist, weiß auch der Laie inzwischen. In einer brandneuen Studie des Umweltbundesamts (UBA) wird aber definitiv behauptet, dass die Lebenserwartung durch die Feinstaub Belastung um einiges verkürzt wird.

Das betrifft vor allem die Ballungsräume. Spitzenreiter ist Graz mit 17 Monaten, gefolgt von Linz mit 14 und Wien mit zwölf Monaten. Auf den weiteren Rängen folgen St. Pölten, elf, Innsbruck, zehn, Klagenfurt, neun, und Salzburg mit sieben Monaten. Österreichweit ergibt sich eine um sieben bis neun Monate verkürzte Lebenszeit aufgrund jahrzehntelanger Feinstaub-Belastung, zeigt eine aktuelle

Studie.

Grundlagen der Studie und die möglichen Auswirkungen in der Zukunft im Dossier Feinstaub im neuen economy. ...

www.economy.at <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=060407030>

Anmerkung Scherrmann:

Wenn in Zeitschriften wie "economy" das Problem vorgestellt wird, dann ist es wohl wirklich nicht mehr zu ignorieren.

03.05.2006

Dieselpartikelfilter: Ungeeignet zur Feinstaubfilterung

Gefährliche Nanopartikel müssen an der Quelle gereinigt werden

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=060503018>

24.04.2006

Feinstaub verstärkt Allergie-Reaktion

Ultrafeine Partikel aus Dieselruß können bekanntlich bei Allergikern das Entzündungsgeschehen verstärken. Entscheidend ist dabei die Reihenfolge der Exposition, haben Forscher aus München herausgefunden. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=401675,4493./medizin/allergien>

11.04.2006

Feinstaub schadet alten Herz-Kreislauf-Patienten

An Tagen mit hoher Feinstaubbelastung kommen mehr alte Menschen aufgrund von kardiovaskulären Erkrankungen und von Lungenkrankheiten in eine Klinik als an Tagen mit sauberer Luft. Der Unterschied beträgt bis zu 15 Prozent.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=400227,4479./medizin/umweltmedizin>

10.04.2006

Ultrafeine Partikel verstärken allergische Reaktionen

Stärkere Entzündungen und Schleimbildung <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=060410023>

<http://www.gsf.de/neu/aerosols/index.php>

=====

CHEMIKALIEN - PESTIZIDE

:

Hamburg, 4. Mai 2006 von PAN-Germany:

Der Mythos vom sicheren Obst und Gemüse

Neue PAN Germany Publikation zeigt: Die erlaubten Rückstands-Höchstmengen von Pestiziden sind noch immer ein Risiko für Kinder

Bei Einhaltung oder gar Überschreitung von erlaubten Rückstands-Höchstmengen von Pestiziden in Lebensmitteln ist ein Gesundheitsrisiko für Verbraucher nicht vorhanden, da die Höchstmengen keine Risikoschwelle darstellen, sondern (nur) die maximale Rückstandsmenge abbilden, die bei der konventionellen Produktion bei Einhaltung der guten fachlichen Praxis zu erwarten ist. So oder ähnlich wird oft von offizieller Seite aus kommentiert, wenn es um die Bewertung von Pestizidbelastungen in Lebensmitteln geht. Demgegenüber belegt eine neue englischsprachige PAN Germany Publikation "The Myth of Safe Fruit and Vegetables", dass derzeit erlaubte Rückstands-Höchstmengen von bestimmten Pestiziden ein Risiko für Kinder darstellen können. Die Berechnungen zeigen bei 13 ausgewählten Lebensmitteln wie Äpfeln, Trauben und Erdbeeren 60 "unsichere" Höchstmengen. Sie überschreiten die Menge, die ein Kind ohne Gesundheitsrisiko an einem Tag zu sich nehmen darf.

Die neue Europäische Verordnung (396/2005) zur Harmonisierung der Pestizid-Rückstands-

Höchstmengen in Lebensmitteln, die vor rund einem Jahr in Kraft trat, verspricht eine Verbesserung. Dem Schutz von Kindern und des ungeborenen Leben wird zukünftig ein höheres Gewicht beigemessen. Dennoch bleiben wesentliche Fragen offen, denn die von PAN überprüften Werte sind in der EU bereits harmonisiert. Ob und wann sie zukünftig nach der neuen Verordnung überprüft werden, ist unklar.

Eine weitere ungeklärte Frage ist, welche Verzehrsgewohnheiten von welchen europäischen Mitbürgern zukünftig beim Festsetzen einheitlicher Rückstands-Höchstmengen herangezogen werden sollen. Es gibt nur in wenigen Ländern aktuelle Studien zu den Ernährungsgewohnheiten, insbesondere von Kindern, und die bekannten Daten zeigen deutliche regionale Unterschiede. In der neuen Publikation werden diese am Beispiel des Apfelkonsums von Kindern dargestellt.

PAN Germany fordert die verantwortlichen Stellen auf, zügig eine Neubewertung der bereits bestehenden einheitlichen Rückstands-Höchstmengen in Angriff zu nehmen und dabei konsequent den Gesundheitsschutz von empfindlichen Gruppen Vorrang zu geben. Dabei müssen die Ernährungsgewohnheiten aller Regionen in der EU berücksichtigt werden.

Das 12-seitige Briefing "The Myth of Safe Fruit and Vegetables" steht als PDF-Download unter http://www.pan-germany.org/download/myth_safe_fruit_and_vegetables.pdf sowie auf der neuen Homepage zu Pestizidrückständen: <http://www.pesticide-residues.org> zur Verfügung. Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. <mailto:presse@pan-germany.org> <http://www.pan-germany.org>

=====

CHEMIKALIEN - REACH

Von Greenpeace: 04.05.06

BASF verdient auf Kosten der Gesundheit / Greenpeace demonstriert vor BASF-Hauptversammlung für mehr Schutz vor Chemikalien

Mannheim, 4. 5. 2006 (ots) - - Unter dem Motto "Meine Milch soll sauber bleiben!" demonstriert Greenpeace heute auf der BASF-Jahreshauptversammlung mit stillenden Müttern gegen die Belastung von Muttermilch mit gefährlichen Chemikalien. Vor dem Kongresszentrum Rosengarten haben die Aktivisten eine drei Meter hohe Nuckelflasche aufgebaut mit der Aufschrift "Kein BASF-Gift in Muttermilch". Der weltgrößte Chemiekonzern ist einer der führenden Hersteller von gesundheitsschädlichen Phthalaten (Weichmachern), die unter anderem in Regenkleidung, T-Shirts, Kosmetik, Kontaktlinsen, Duschvorhängen, Infusionsschläuchen und Farben eingesetzt werden. In den Körper gelangen Phthalate über die Atmung, die Nahrung und die Haut. Greenpeace fordert die BASF auf, die Produktion dieser Stoffe zu stoppen. Der Konzern soll auch seinen Widerstand gegen eine verbraucherfreundliche Chemikalienpolitik in der EU aufgeben.

"Giftige Chemikalien der BASF lassen sich in der Muttermilch, im Blut und sogar am Ursprung des Lebens, in der Nabelschnur, nachweisen", sagt Ulrike Kallee, Chemie-Expertin von Greenpeace. "Die BASF treibt ein falsches Spiel mit den Aktionären. Auf der Hauptversammlung rühmt Sie sich ihrer Rekordumsätze. Dabei verschweigt sie, dass sie das Geld auf Kosten unserer Gesundheit verdient."

Messungen von Muttermilchproben haben in Deutschland Rückstände von bis zu 160 Mikrogramm des BASF-Phthalats DEHP pro Kilogramm Körpergewicht ergeben. Ein drei Monate altes Baby nimmt damit viermal mehr DEHP zu sich, als das Bundesinstitut für Risikoberwertung für akzeptabel hält. Neue Studien zeigen, dass DEHP auch die Fruchtbarkeit von Männern schädigen und zu Wucherungen der Gebärmutter schleimhaut führen kann.

Die geplante EU-Chemikalienverordnung REACH (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien) bietet die einmalige Chance, die Herstellung und Vermarktung von gesundheitsschädlichen Chemikalien zu beenden. Doch die heute von Greenpeace veröffentlichte

Studie "Toxic Lobby - How the chemicals industry is trying to kill REACH" ("Die Giftlobby - Wie die Chemieindustrie REACH verhindern will") zeigt, dass die einflussreiche Chemieindustrie - allen voran die BASF - REACH in Brüssel massiv bekämpft.

Als Hauptargument gegen REACH führt die BASF die Kosten der Chemikalienreform an. Dabei erzielte die BASF im Jahr 2005 einen Umsatz von über 42,7 Milliarden Euro, ein Anstieg um 14 Prozent. Zum Vergleich: REACH kostet die gesamte europäische Chemieindustrie etwa 200 Mio Euro jährlich über die nächsten elf Jahre. REACH entspricht also nicht einmal 0,5 Prozent des Jahresumsatzes der BASF. Den gesellschaftlichen Nutzen von REACH schätzt die EU-Kommission dagegen auf mindestens 50 Milliarden Euro.

Die Studie (24 Seiten, engl.) finden Sie unter <http://www.greenpeace.org/toxiclobby>, eine deutsche Zusammenfassung (3 Seiten) unter www.greenpeace.de.

Originaltext: Greenpeace e.V.

03. 05. 2006 von Greenpeace:

Greenpeace-Studie: Alltags-Chemikalien schaden der Fortpflanzung /Bundesregierung soll sich für unbedenkliche Alternativen einsetzen

Hamburg (ots) - Chemikalien können die menschliche Fortpflanzungsfähigkeit massiv beeinträchtigen. Das geht aus einer heute in Hamburg veröffentlichten Greenpeace-Studie hervor, in der die Organisation den Stand der Forschung darstellt. Die Chemikalien entweichen aus Alltagsprodukten wie Kleidungsstücken, Lebensmittelverpackungen, Kosmetikartikeln, Computern, Teppichen oder Konservendosen. Über die Haut, die Nahrung oder beim Atmen gelangen sie in den menschlichen Körper. Die seit längerem umstrittene europäische Chemikalienverordnung REACH (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien) bietet die Chance, Männer und Frauen besser vor Fruchtbarkeitsschädigenden Stoffen zu schützen. Greenpeace fordert die Bundesregierung auf, sich bei den im Sommer anstehenden Verhandlungen in Brüssel dafür einzusetzen, gefährliche Chemikalien durch unbedenklichere Alternativen zu ersetzen.

"Die Regierung beklagt, dass in Deutschland zu wenig Kinder geboren werden. Aber sie unternimmt viel zu wenig gegen die chemischen Gefahren für die Fortpflanzung und scheut vor der Industrie zurück", sagt Chemieexpertin Ulrike Kallee von Greenpeace. "Es ist kriminell, Chemikalien in Verbraucherprodukten einzusetzen, die das Kind im Mutterleib schädigen oder zu Krebs führen können." Nach der neuen Studie "Our reproductive health and chemical exposure" ("Fruchtbarkeit und Chemikalienbelastung") hat die Qualität der männlichen Spermien in den letzten fünfzig Jahren rapide abgenommen.

Auch Hodenkrebs wird immer häufiger diagnostiziert. Die Anzahl von Missbildungen der Geschlechtsorgane bei Neugeborenen nimmt stetig zu.

Mehr als doppelt so viele Paare als noch in den sechziger Jahren bleiben ungewollt kinderlos.

Im Mittelpunkt der Greenpeace-Studie stehen die Schadstoffe Phthalate, Alkylphenole, bromierte Flammschutzmittel, künstliche Moschusverbindungen, Organozinn-Verbindungen und Bisphenol A. Diese Chemikalien machen aber nur einen Bruchteil des Problems aus: Schätzungsweise 100.000 Chemikalien werden weltweit produziert. "Die meisten Chemikalien wurden nie auf ihre gesundheitlichen Auswirkungen geprüft. Trotzdem werden sie in großen Mengen in Produkten eingesetzt, die man im Supermarktregal oder im Badezimmerschrank findet. Die Politiker müssen die chemische Industrie endlich zur Räson bringen", fordert Kallee.

Die REACH-Verordnung der EU soll zukünftig die Herstellung und Verwendung von Chemikalien regeln. REACH könnte die Belastung mit einigen der gefährlichsten Chemikalien verringern, wenn diese - wie vom Europaparlament im November 2005 entschieden - durch weniger gefährliche Alternativen ersetzt werden müssten. Die Minister im EU-Wettbewerbsrat hatten sich Ende letzten Jahres gegen eine solche Regelung ausgesprochen. Nach ihrem Willen sollen gesundheitsschädliche

Chemikalien auch weiterhin vermarktet werden können. Im Oktober 2006 wird REACH in zweiter Lesung im Europaparlament verhandelt. Die chemische Industrie setzt alles daran, die Verordnung aufzuweichen, und verharmlost die Gefahren der Chemie im Alltag.

Die Studie (28 S., engl.) finden Sie unter <http://www.greenpeace.org/fragile>. Eine deutsche Zusammenfassung der Studie (3 S.) lassen wir Ihnen gerne zukommen. Weitere Infos zu REACH: <http://de.einkaufsnetz.org> www.reach-info.de, www.chemicalreaction.org.

Dessau, den 28. April 2006. UBA (Umweltbundesamt)

**„REACH – Erste Schritte“: Neues Chemikalienrecht sicher anwenden
Zweite Konferenz des Umweltbundesamtes setzt Dialog mit kleinen und mittleren Unternehmen fort**

„REACH – Erste Schritte“: Unter diesem Titel veranstaltet das Umweltbundesamt (UBA) am 8. Juni 2006 in Berlin die zweite Konferenz in der Reihe „REACH anpacken!“. Diesmal geht es um die Frage, was kleine und mittlere Unternehmen schon jetzt tun können, um sich auf die Reform des Chemikalienrechts in der Europäischen Union einzustellen. Die Registrierung, Evaluierung (Bewertung) und Autorisierung (Zulassung) von Chemikalien (REACH) könnte – geht alles nach Plan – schon 2007 Realität werden. Der EU-Wettbewerbsrat hatte sich im Dezember 2005 nach den ersten Lesungen auf Eckpunkte zur Neuregelung des EU-Chemikalienrechts geeinigt. Auf der Berliner Konferenz erfahren die Unternehmen zum Beispiel, wie sie sich am besten auf die Registrierung vorbereiten, ihre vertraulichen Daten schützen und ihre Lieferanten bei der Registrierung unterstützen können. Siebzehn Fachleute stehen in Vorträgen und Expertengesprächen einen Tag lang Rede und Antwort.

Die Konferenz am 8. Juni 2006 setzt die vierteilige Konferenzreihe „REACH in der Praxis“ fort, die das UBA im März 2006 initiiert hatte. Auf der ersten Konferenz lud das UBA dazu ein, die Inhalte der Folgeveranstaltungen mitzubestimmen. Zahlreiche Unternehmen nahmen dies gerne an und gaben dem UBA ihre Wünsche und Fragen mit auf den Weg. Großer Bedarf besteht nach praktischer Hilfe: Vor allem Anleitungen mit konkreten Schritten, festen Rastern, Checklisten, Praxisbeispielen und der Nennung von Ansprechpartnern sind gefragt. Diese Themen bestimmen jetzt den Inhalt der zweiten Konferenz „REACH – Erste Schritte“. Zwei weitere Veranstaltungen zu REACH folgen bis Ende des Jahres.

Eine Anmeldung für die Veranstaltung „REACH – Erste Schritte“ in Berlin ist unter www.reach-konferenz.de möglich. Dort finden Interessierte weitere Informationen zu Inhalt und Ablauf der Veranstaltung. Die Teilnahme kostet 100 Euro. Weitere Informationen des UBA zur Reform des Europäischen Chemikalienrechts REACH gibt es unter www.reach-info.de.

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pd06-028.htm>
PDF: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pdf/pd06-028.pdf>

e-Mail: pressestelle@uba.de Internet: www.umweltbundesamt.de

=====

CHEMIKALIEN - TABAK

06.05.2006

Passivraucher haben erhöhtes Diabetesrisiko

Wer schon in jungen Jahren aktiv oder passiv raucht, bei dem ist die Gefahr einer Glukose-Intoleranz oder eines Diabetes deutlich erhöht, berichten US-Forscher (BMJ 332, 2006, 1064).

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=403255,4516,/medizin/rauchen>

03.05.06

Alkohol, Tabak & Co: 20 Millionen konsumieren regelmäßig

Berlin (ddp). Die Abhängigkeit der Deutschen von legalen Suchtmitteln ist nach Einschätzung der Bundes-Drogenbeauftragten Sabine Bätzing (SPD) alarmierend. Rund 20 Millionen Bundesbürger konsumierten regelmäßig Tabak, Alkohol oder schluckten...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2006&m=5&d=4&id=122764>

12.04. 2006

Nichtraucherschutz: EU wirft Regierung Versäumnis vor

Berlin (ddp). Die EU-Kommission wirft der Bundesregierung Versäumnisse im Kampf gegen Tabakkonsum vor und droht mit rechtlichen Schritten. Deutschland lasse sich mehr Zeit als andere Länder, um rauchfreie Zonen zu schaffen, sagte der Brüsseler...

mehr... »<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2006&m=4&d=13&id=122564>

06.04.2006

Frankreich prüft generelles Rauchverbot

Paris - Frankreich prüft ein generelles Rauchverbot in Gaststätten und öffentlichen Gebäuden. „Die Frage liegt auf dem Tisch“, sagte Premierminister Dominique de Villepin am Donnerstag in

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=16910&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

05.04.2006

Europas Raucher auf dem Rückzug

In Irland, Italien und Schweden wurde der blaue Dunst schon aus öffentlichen Gebäuden, aus Restaurants, Cafés und Kneipen verbannt. Andere Länder ziehen nach. Jüngstes Mitglied in der Anti-Tabak-Fraktion ist Spanien: Ausgerechnet im einstigen Raucherparadies gilt seit Jahresbeginn eines der europaweit härtesten Gesetze gegen das Rauchen.

http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=399211,4462,/politik/gesundheitsystem_and

Raucher in Deutschland - Zahlen und Fakten

In Deutschland greifen täglich etwa 17 Millionen Erwachsene zur Zigarette. Im Einzelnen ...

http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=391791,4462,/politik/gesundheitsystem_uns

03.04.2006

Rauchverbot in Gaststätten: Mehrheit der Deutschen dafür

Allensbach (ddp). Eine Mehrheit der Deutschen ist gegen Zigarettenqualm in Gaststätten. 55 Prozent der Bundesbürger ab 16 Jahren befürworten ein generelles Rauchverbot in Restaurants und Lokalen, wie eine Umfrage des Instituts für Demoskopie...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2006&m=3&d=35&id=122453>

28.03.2006

Rauchen verboten: Rauchfreie öffentliche Gebäude in Erfurt

Erfurt (ddp). Als erste Stadt in Deutschland will Erfurt ein generelles Rauchverbot in der öffentlichen Verwaltung und an allen öffentlichen Orten durchsetzen. Der Stadtrat habe in Schulen, öffentlichen Gebäuden der Stadtverwaltung und...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2006&m=3&d=31&id=122420>

Rauchen: 100 Milliarden Euro Gesundheitskosten pro Jahr

Brüssel (ddp). Die dritte Phase der europaweiten Kampagne «Help - für ein Leben ohne Tabak» hat begonnen. Bis November können EU-Bürger in einem der über 100 «HELP-Zelte» ihre Atemluft auf gefährliche Rückstände testen lassen. Damit will die...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2006&m=3&d=30&id=122395>

21.03.2006

Fast 80.000 EU-Bürger sterben jährlich an Folgen des Passivrauchens

Brüssel - An den Folgen des Passivrauchens sterben in der Europäischen Union jährlich fast 79.500 Menschen. Laut einem am Dienstag in Brüssel veröffentlichten Expertenbericht sterben Kalifornischer

Ort erklärt sich zur „rauchfreien Stadt“

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=16667&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Los Angeles - Ein Ort im US-Bundesstaat Kalifornien hat sich am Freitag zur „rauchfreien Stadt“ erklärt. Der Stadtrat von Calabasas verabschiedete eine umfassende Verordnung zur Begrenzung ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=16655&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Bundestag:

11.04.2006: Gesundheit/Antwort

Rauchverbote in EU-Staaten werden offenbar gut akzeptiert

Berlin: (hib/MPI) In EU-Staaten wie Irland, Italien und Spanien werden die gesetzlichen Regelungen zum Nichtraucherschutz in öffentlichen Einrichtungen und in der Gastronomie offenbar gut akzeptiert. Zu diesem Schluss kommt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/1130) auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Fraktion (16/1011) zum Schutz der Bevölkerung vor Passivrauchen. Zwar lägen noch keine wissenschaftlichen Studien zur Umsetzung und zu Erfahrungen mit den Regelungen zum Nichtraucherschutz vor, jedoch werde etwa aus Irland berichtet, dass die Rauchverbote gut eingehalten würden.

So seien bei Kontrollen zirka 93 Prozent aller Arbeitsplätze inklusive der Gastronomie rauchfrei gewesen, schreibt die Regierung. In Italien unterstützten rund 90 Prozent das Rauchverbot. Die Bundesregierung setzt dennoch weiter auf eine Selbstverpflichtung des Gastgewerbes zur Verbesserung des Schutzes vor Passivrauchen von Angestellten und Gästen.

Danach sollen bis zum 1. März 2008 mindestens 90 Prozent der Speisebetriebe mindestens 50 Prozent des Platzangebots für Nichtraucher verbindlich bereitstellen. Die Vereinbarung gelte für alle Speisebetriebe mit mehr als 75 Quadratmetern Gastfläche oder 40 Sitzplätzen.

Die Regierung verweist darauf, dass die Gesetzgebungskompetenz für Regelungen zum Gesundheitsschutz in erster Linie bei den Ländern liege. Eine Zuständigkeit des Bundes für Regelungen zum Schutz vor Passivrauchen bestehe allenfalls über die Bundeskompetenzen zum Arbeitsschutz, zu Maßnahmen gegen gemeingefährliche Krankheiten und dem Verkehr von Giften sowie zur Luftreinhaltung.

Falls, wie mit der Föderalismusreform geplant, die Zuständigkeit für die Gaststättengesetzgebung vom Bund auf die Länder übertragen wird, wären, so die Regierung, "die Länder für die Regelungen für ein Rauchverbot auf Basis des Gaststättenrechts zuständig".

Gegebenenfalls könne dies zu unterschiedlichen Regelungen in den Ländern führen. Zurzeit bestünden noch keine landesgesetzlichen Regelungen zum Schutz vor Passivrauchen. Brandenburg plane in diesem Jahr allerdings ein gesetzliches Rauchverbot für öffentliche Einrichtungen des Landes, das Land Bremen ein gesetzliches Rauchverbot in Krankenhäusern und in Tageseinrichtungen für Kinder.

Auf EU-Ebene wollen laut Regierung Lettland in diesem Jahr sowie England, Belgien und Estland im Jahr 2007 umfassende Rauchverbote in der Gastronomie einführen. Kein Rauchverbot oder freiwillige Regelungen gibt es in Dänemark, Portugal, Luxemburg, Österreich und den Niederlanden.

Bundestag: 23.03.2006: Gesundheit/Kleine Anfrage

Grüne thematisieren gesundheitliche Gefährdung von Passivrauchen

Berlin: (hib/MPI) Bündnis90/Die Grünen verlangen einen besseren Schutz von Nichtrauchern in öffentlichen Räumen. In einer Kleinen Anfrage (16/1011) wollen die Abgeordneten von der Bundesregierung wissen, mit welchen Maßnahmen sie die Bevölkerung vor Passivrauchen schützen will.

Die Fraktion verweist auf eine Publikation des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) von 2005. Danach reichten in einem Experiment drei glimmende Zigaretten in einem Raum von 60 Quadratmetern aus, die europäischen Grenzwerte der Außenluftbelastung um das Siebenfache zu übertreffen.

Die Grünen fragen in diesem Zusammenhang auch nach der gesundheitlichen Gefährdung von Beschäftigten in der Gastronomie und möglichen Schutzvorkehrungen. Von Interesse ist auch, welche Auswirkungen die im Rahmen der Föderalismusreform vorgesehene Übertragung der Zuständigkeit für die Gaststättengesetzgebung an die Länder auf die Kompetenz des Bundes für ein umfassendes

Nichtrauchergesetz hätte.

Bündnis90/Die Grünen verlangen zudem Informationen darüber, welche Erfahrungen in anderen EU-Staaten mit Rauchverboten gemacht worden sind.

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Aus: Mobilfunk-Newsletter der Bürgerwelle e.V., Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektrosmog Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: BI Omega, Mitglied im Dachverband:

Bundesgerichtshof attestiert erstmals Mobilfunk-Immobilien gravierenden Wertverlust

In seinem Beschluss V ZB 17/06 vom 30. März 2006 spricht der Bundesgerichtshof ganz unverblümt vom Wertverlust einer Immobilie, sobald auf deren Dach ein Mobilfunksendemast steht. Vollständiger Artikel: <http://www.izgmf.de>

25.03.2006

Renommierter Umweltmediziner beklagt Behinderungen bei der Erforschung von Mobilfunkstrahlung "Erkenntnisse zu Langzeiteffekten über zehn Jahre verzögert"

Rainer Frentzel-Beyme, Umweltmediziner an der Universität Bremen, beklagt eine enge Verbindung zwischen Mobilfunkkonzernen und dem Staat.

Eine unabhängige Erforschung der Wirkung von Funkstrahlung sei daher nur schwer möglich und würde seit über zehn Jahren verzögert. "Die staatlichen Stellen sind derartig mit den Betreibern verbunden, dass ich da nicht genau trennen kann", sagte Frentzel-Beyme im Interview mit de.internet.com. So sei der Experte zwar zu verschiedenen Anhörungen bei Landtagen und auch im Bundestag eingeladen worden, diese hätten aber eher eine Ventilfunktion erfüllt. Konsequenzen wie die Einrichtung eines Moratoriums für die Aufstellung neuer Antennen, wie es in der Schweiz, Frankreich und Spanien der Fall war, oder eine ernsthafte Förderung der Forschung habe es in Deutschland nicht gegeben, so der Professor.

Derzeit arbeitet der Wissenschaftler an einer Studie zur Wirkung der elektromagnetischen Strahlung auf Kinder. Die Durchführung eines solchen Projektes sei zuvor verzögert worden. "Nachdem einschlägige Anträge vorlagen, wurde zunächst behauptet, das Thema hätte aufgrund einer Umfrage bei Wissenschaftlern keine Priorität", sagte Frentzel-Beyme.

Dann sei eine Studie an Autoren vergeben worden, die bereits Publikationen zugunsten der Mobilfunkbetreiber verfasst hatten. "Das lässt Fragen offen, wie unabhängig die Forschung sein kann, wenn sich eine eindeutige Selektion lässt", sagte er weiter.

"Echte Unabhängigkeit erfordert ohnehin, dass staatliche Forschungsförderung völlig unabhängig von Mitteln aus der Industrie erfolgt. Da das Mobilfunkforschungsprogramm zur Hälfte durch die Betreiber der Technik finanziert wird und diese nachweislich bei der Vergabe von Studienförderung Einspruch erheben können, sind die Weichen schon vor ernsthaften objektiven Ansätzen gestellt", sagte Frentzel-Beyme.

Das zeigt sich bereits seit Anfang der 90er Jahre. "Mein erster Antrag an die Betreiber, im Deutschen Krebsforschungszentrum eine 10-prozentige Stichprobe der 800.000 C-Netzbenutzer mit D-Netzbenutzern mittels einer epidemiologischen Studie vergleichend zu untersuchen, wurde durch die Firma Mannesmann und später auch durch die Forschungsgemeinschaft Funk abgelehnt", sagte er. Auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) habe sich nicht in der Lage gesehen, die 1993 konzipierte Studie zu fördern. "Damit wurden Erkenntnisse zu Langzeiteffekten über zehn Jahre verzögert", beklagte der Wissenschaftler.

Als 2002 ein Mobilfunkmast im Ortskern von Flachsmeer (Friesland) aufgestellt wurde, erhoffte sich der Umweltmediziner Erkenntnisse über Schlafstörungen bei der dort ansässigen Bevölkerung.

Mannesmann (heute

Vodafone) habe sich aber geweigert, die Anlage gemäß einer Versuchsplanung abzuschalten, erklärt der Experte. Trotz anfänglicher Zusage war demnach auch die Deutsche Telekom später nicht mehr

bereit, die Studie zu unterstützen. "Die Telekom zeigte sich erst an der methodisch einwandfrei geplanten Untersuchung interessiert, musste dann aber wohl auch zurückstecken und zog die auf einer Bürgerversammlung gegebenen Förderungsangebote wieder zurück", so der Experte. (ck/as)

Copyright 2006 Jupitermedia Corporation. All Rights Reserved.
<http://de.internet.com/index.php?id=2042126&ion=Topstories>

Ihre Meinung zum Thema... <http://de.internet.com/index.php?id=2042126#cm>

Bürgerwelle e.V. Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektromog
E-Mail : pr@buergervelle.de , Internet <http://www.buergervelle.de>

ElektromogReport - Strahlentelex: Nr.464-465, 20.Jahrgang, 4. Mai 2006

Inhalt u.a.

Mobilfunksymposium Mainz diskutiert Grenzwerte. Das 5. Mobilfunksymposium in Mainz am 23. April 2006 beschäftigte sich mit den Auswirkungen des Mobilfunks und der neuerlichen Diskussion um die Höhe der Grenzwerte sowie der thermischen Schwelle. Weitere Themen waren Sferics, Mobilfunk in der Schule, Eigenschaften von Materialien zur Abschirmung sowie Forschungsergebnisse zu Elektrosensibilität, Mobilfunkanlagen und Tier- und Zellexperimenten.

Nieder- und Hochfrequenz: Neues Projekt zur EMF-Belastung in Wohnungen

Feldbelastung im Praxistest: Die Landesverbände Rheinland-Pfalz und Hessen des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) und der Verband Baubiologie starten das „Projekt Dosis und Wirkung“, mit dem die Gesamtbelastung mit Nieder- und Hochfrequenzfeldern durch Messungen erfasst werden sollen.

Hochfrequenz und Zellforschung: Dauereinwirkung von 1800 MHz vermindert die Neuronenaktivität in Zellkulturen

Die starke weltweite Verbreitung von Mobiltelefonen in den letzten Jahren hat zu kontroversen Diskussionen um die Auswirkungen der Strahlung auf das Gehirn geführt. Deshalb sollte an Zellkulturen von Gehirnzellen untersucht werden, ob sich die Strahlung auf die Funktionen im Nervensystem auswirkt (S. Xu et al., 2006).

Mobilfunk und Hirntumore: Schädigung durch Mobiltelefone: Die Diskussion hält an

Seit einigen Monaten werden die Ergebnisse aus mehreren wissenschaftlichen Untersuchungen zur Schädigung durch Mobilfunkstrahlung intensiv diskutiert. Zum einen haben die Studien des Interphone-Programms weltweit Beachtung gefunden, zum anderen sind weitere neue Ergebnisse veröffentlicht worden. Klarheit gibt es immer noch nicht.

Strahlentelex mit Elektromogreport, Unabhängiger Informationsdienst zu Radioaktivität und Gesundheit.

Kostenloses Probeexemplar: Strahlentelex@t-online.de, web: <http://www.strahlentelex.de>

=====

ERFAHRUNGSBERICHT - OP - Anaesthesie

Ingrid Scherrmann

Da ich weiss, dass sich viele Kranke mit SIKs (Schadstoffinduzierten Krankheiten) und besonders mit MCS (Multiple Chemical Sensitivity) Sorgen machen, wie und auch ob sie eine notwendig werdende OP insbesondere bzgl. der Anaesthesie vertragen, moechte ich kurz meine Erfahrungen mitteilen: Ich hatte am 13. 04. 2006 einen kleinen, ca. 30 minuetigen gynaek. Eingriff in einem "normalen" Krankenhaus in meiner Naehe. Im Vorfeld bemuehte sich insbesondere der Anaesthesist, meine Erfahrungen kennen zu lernen und stellte praezise Fragen. Ich hatte den Eindruck, dass das gesamte Team die Bereitschaft hatte, meine Ausfuehrungen ernst zu nehmen und sich auf meine Unvertraeglichkeiten einzustellen. Die OP selber verlief bestens, die Schmerzen danach waren minimal. 3 Tage spaeter war ich fast voellig schmerz- und beschwerdefrei. Insgesamt gab mir diese Erfahrung viel Zuversicht. Da ich denke, dass diese Erfahrung auch anderen etwas Hoffnung geben

kann, schreibe ich hier diese Zeilen. Um mehr zu erfahren, koennen Sie mich gerne anlaeuten oder anmailen. (s.u.)

=====

GENMODIFIZIERTES SAATGUT

27.04.06 von Greenpeace:

Monsanto will Risikoforschung zu Gen-Mais geheim halten / Greenpeace fordert Zugang zu Fütterungsstudien

Hamburg (ots) - Der US-Agrarkonzern Monsanto will verhindern, dass die Untersuchungen zur Risikobewertung seines genmanipulierten Maises MON810 offengelegt werden. Greenpeace hat beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) im August 2005 die Herausgabe der Daten zu Fütterungsversuchen an Ratten und Hähnchen beantragt. Nachdem die Behörde beschlossen hatte, Greenpeace die Untersuchungen zu überlassen, hat Monsanto nun Widerspruch eingelegt. Der Streit wird wahrscheinlich vor Gericht ausgetragen.

Aus Monsanto's Laboren stammen 90 Prozent der weltweit angebauten Gen-Pflanzen. Der Konzern versucht seit Jahren, diese auch in Deutschland durchzusetzen. Der insektenresistente Gen-Mais MON810 soll ab Ende April auf etwa 1700 Hektar in Deutschland angebaut werden.

"Der Gen-Mais soll zwar in Deutschland angebaut und verzehrt werden, die Risikobewertung jedoch unter Verschluss bleiben", sagt Christoph Then, Gentechnikexperte von Greenpeace. "Was hat Monsanto zu verbergen? Offensichtlich traut Monsanto der Qualität seiner Produkte selbst nicht." Greenpeace fordert, dass der Anbau der Gen-Pflanzen gestoppt wird.

Für einen weiteren Gen-Mais (MON863) von Monsanto erzwang Greenpeace bereits vergangenes Jahr per Gericht, die Akten zu Fütterungsversuchen zu erhalten. Unabhängige Wissenschaftler überprüften diese Versuche. Ihr Ergebnis: Monsanto hatte fragwürdige Methoden angewandt, den Zulassungsbehörden waren bei der Bewertung der Daten grobe Fehler unterlaufen.

Monsanto blockiert nicht nur bereits bestehende Daten. Auch weitere Forschung zur Sicherheit seiner Gen-Produkte will das Unternehmen verhindern. Greenpeace hat Monsanto um Saatgut-Proben ersucht, um sie von unabhängigen Laboren auf gesundheitsgefährdende Inhaltsstoffe untersuchen zu lassen. Im April antwortete Unternehmens-Sprecher Andreas Thierfelder: "Hierzu bringe ich Ihnen nochmals zur Kenntniss, dass weder Monsanto noch die Märka Saatgut (...) zu Forschungszwecken verkauft." Märka ist Monsanto's deutscher Vertragspartner in Eberswalde/Brandenburg. Auch Wissenschaftler beklagen sich immer wieder, dass ihnen von der Gen-Industrie der Zugang zu Saatgut verwehrt wird.

In einem kürzlich veröffentlichten Bericht stellt die EU-Kommission fest, dass die Auswirkungen von genmanipulierten Pflanzen wie dem Gen-Mais MON810 auf Umwelt, Tier und Mensch bisher nur unzureichend untersucht sind. Unter anderem könnten Langzeitschäden an Menschen nicht ausgeschlossen werden. Inzwischen fordert die Kommission eine bessere Sicherheitsbewertung von Gen-Saaten. Auch Verbraucherminister Horst Seehofer (CSU) hat den deutschen Umweltverbänden am 20. April zugesagt, die Sicherheit der Gen-Saaten erneut prüfen zu lassen.

Den Bericht der EU-Kommission "European Communities - Measures Affecting the Approval and Marketing of Biotech Products" (275 S., engl.) und die Greenpeace-Stellungnahme "Hidden Uncertainties" (25 S., engl.), finden sie im Internet unter www.greenpeace.de.

Originaltext: Greenpeace e.V. www.greenpeace.de

20.04.06 von Greenpeace:

BUND und Greenpeace: EU-Kommission bestätigt Gefahren der Gentechnik / Horst Seehofer muss Anbau von Gen-Mais in Deutschland verbieten

Berlin (ots) - Unverzügliche Maßnahmen gegen den Anbau von Gen-Mais in Deutschland fordern der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Greenpeace heute bei einem Treffen mit Landwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) in Berlin. Sogar die EU-Kommission äußert inzwischen gravierende Bedenken gegen genmanipulierte Pflanzen. Negative Folgen für die Umwelt und die Gesundheit der Verbraucher durch die Agro-Gentechnik könnten laut Kommission nicht mehr ausgeschlossen werden. Nach Auffassung der Umweltverbände muss die Bundesregierung nun unverzüglich reagieren und den für 2006 geplanten Anbau von 1700 Hektar insektenresistentem Gen-Mais MON810 in Deutschland verbieten.

"Nach EU-Recht können die Regierungen der EU-Mitgliedsländer nationale Maßnahmen gegen Einfuhr und Anbau von Gen-Saaten verhängen, wenn neue Erkenntnisse über eine mögliche Gefährdung von Mensch und Umwelt vorliegen", sagt Heike Moldenhauer, Gentechnikexpertin des BUND. "Dies ist nun der Fall. Deshalb fordern wir Horst Seehofer auf, von dieser Schutzklausel sofort Gebrauch zu machen."

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit hatte Horst Seehofer im Dezember 2005 den genmanipulierten Mais des US-Agrarkonzerns Monsanto zum unbeschränkten Anbau in Deutschland zugelassen. In einem Bericht stellte die EU-Kommission fest, dass die Auswirkungen von gentechnisch veränderten Pflanzen wie dem Gen-Mais MON810 auf Umwelt, Tier und Mensch bisher nur unzureichend untersucht sind. Die Folgen von insektenresistentem Mais für Nichtziel-Insekten und für Bodenlebewesen seien unbekannt und Langzeituntersuchungen an Tieren fehlten. Auch könnten Langzeitschäden an Menschen nicht ausgeschlossen werden. Der Bericht wurde bereits im Januar 2005 fertig gestellt, aber erst von BUND und Greenpeace öffentlich gemacht.

Christoph Then, Gentechnikexperte von Greenpeace: "Die EU-Kommission weiß seit mehr als einem Jahr, dass für die Sicherheit von Gen-Saaten nicht garantiert werden kann. Statt die Bürger vor möglichen Schäden zu schützen, hat sie seitdem fünf weitere Gen-Pflanzen zugelassen. Das ist ein Skandal, denn die Kommission ist nach EU-Recht zur Vorsorge verpflichtet. Sie muss alle laufenden Zulassungsverfahren sofort stoppen und erteilte Zulassungen überprüfen lassen."

Den Bericht der Kommission "European Communities - Measures Affecting the Approval and Marketing of Biotech Products" (275 Seiten, engl.) und die Stellungnahme "Hidden Uncertainties - What the European Commission doesn't want us to know about the risks of GMOs" (25 Seiten, engl.), finden sie im Internet unter www.greenpeace.de.

06.04.2006

Wiener Erklärung für gentechfreies Europa bei GVO-Konferenz übergeben

Pröll: Österreicher stehen Gentechnik sehr kritisch gegenüber

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=060405046>

Gentechnik: Haftungsproblematik bei Verunreinigung eines Feldes

Rechtsexperte: Klassisches Schadenersatzrecht reicht nicht aus

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=060405048>

Großteil der Europäer lehnt Gentechnik ab. Emotionale Diskussion beim Thema

"Konsumentenschutz <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=060406021>

KURZINFOS, weitere, aus unterschiedlichen Quellen

08.06.2006

Hormonwirksame Substanzen gefährlicher als gedacht. Gesundheitliche Schäden durch geringe Mengen möglich <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=060508023>

04.05.2006

Öko-Test: Benzol in Nagellackentferner

In vier Nagellackentfernern hat das "Öko-Test"-Magazin Benzol gefunden. Das Gift schädige die Keimzellen und sei in Kosmetika verboten, heißt es im Mai-Heft des in Frankfurt am Main erscheinenden Magazins. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=402998.4514./medizin/umweltmedizin>

03.05.2006

Asthma: Wohnen an Hauptstraßen erhöht Risiko

Baierbrunn (ots) - Kinder, die ganz in der Nähe von Hauptverkehrsstraßen leben, leiden öfter an Asthma als Kinder, die nur wenige hundert Meter entfernt wohnen, berichtet das Onlineportal "GesundheitPro.de". Wenn sie weniger als 75 Meter von einer...
mehr... »<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2006&m=5&d=4&id=122767>

Reiche Amerikaner sind viel kränker als die ärmsten Briten

Unterschiede in der Ernährung entscheidend <http://www.presetext.de/pte.mc?pte=060503009>

26.04.2006

Pädiatrie: Entwicklungsstörungen durch pränatale Exposition mit Luftschadstoffen

New York - Vor zwei Jahren hatten New Yorker Epidemiologen herausgefunden, dass eine erhöhte Luftschadstoff-Exposition im dritten Trimenon zu pränatalen Wachstumsstörungen führt. ...
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=17120&md=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

21.03.2006

UNICEF: Wassermangel führt alle 15 Sekunden zum Tod eines Kindes

Mexiko-Stadt - Weltweit stirbt alle 15 Sekunden ein Kind wegen Wassermangel oder fehlender sanitärer Einrichtungen. Wie das UN-Kinderhilfswerk UNICEF am Dienstag einen Tag vor dem ...
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=16666&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Pharmaindustrie dominiert klinische Forschung an Universitäten

Ioannina/Griechenland - Die meisten klinischen Studien werden weiterhin an Universitäten und größeren Kliniken durchgeführt, doch Initiative und Forschungsgelder kommen immer häufiger von ...
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=16647&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

=====

LAERM

08.05.06 Vom BUND:

Mehr Lärm, weniger Schutz / Fluglärmschutz inakzeptabel

Berlin (ots) - Umwelt- und Lärmschutzverbände lehnen den heute im Bundestagsausschuss vorgestellten Entwurf für das neue Fluglärmschutzgesetz ab. Die künftig erlaubten Grenzwerte für einen Lärmdauerschallpegel von 65 Dezibel tagsüber und 55 Dezibel nachts seien nicht geeignet, die Gesundheit von Flughafenwohnern wirksam zu schützen. Die Werte müssten um mindestens fünf Dezibel verringert werden. Wünschenswert sei sogar eine Senkung um zehn Dezibel. Zudem sehe der Entwurf beim Überschreiten der Grenzwerte lediglich passive Lärmdämpfungsmaßnahmen wie z.B. Schallschutzfenster vor. Um den Lärm aber an der Quelle zu bekämpfen, seien aktive Schutzmaßnahmen wie Nachtflugbeschränkungen und die Bevorzugung lärmarmen Flugzeuges erforderlich. Der Gesetzentwurf widerspreche außerdem Plänen der EU, eine Betriebsbeschränkungsrichtlinie und zusätzliche aktive Schutzmaßnahmen vor Fluglärm zu verabschieden.

Werner Reh, BUND-Verkehrsexperte: "Besser kein Gesetz als dieses. Das so genannte 'Gesetz zur Verbesserung des Schutzes vor Fluglärm' verschlechtert den Schutz der Anwohner vor Lärm. Bestehende Schutzstandards werden an einigen Flughäfen auf ein medizinisch nicht verantwortbares Niveau abgesenkt. Wer nur die Kosten für Lärmschutzfenster tragen will, anstatt den Lärm an der Quelle zu mindern, kapituliert vor der Lärmbelastung durch den wachsenden Luftverkehr."

Entgegen den Ankündigungen seitens des Bundesverkehrsministeriums würden mit der vorgeschlagenen Novelle bereits bestehende Lärmschutzgebiete im Umfeld mehrerer Flughäfen sogar verkleinert. In Düsseldorf beispielsweise würden Lärmschutzzonen künftig nur noch weniger als die Hälfte der jetzigen Fläche beinhalten. Helmut Breidenbach, Präsident der Bundesvereinigung gegen Fluglärm: "Die Novelle genügt nicht den selbst gesetzten Ansprüchen auf einen ausreichenden Lärmschutz. Die vorgesehenen Grenzwerte sind vor allem in der Nacht viel zu hoch. Sie befinden sich unmittelbar an der Grenze zur Gesundheitsgefährdung. Ein präventiver Schutz der Bevölkerung wird nicht gewährleistet. Damit widerspricht das Gesetz in seiner derzeitigen Form dem Vorsorgegebot."

Hinzu komme, dass die Gesetzesnovelle bei Neu- und Ausbauten von Flughäfen das zeitliche Strecken von Schallschutzmaßnahmen bis ins Jahr 2018 vorsehe. Damit würden Betroffene über einen Zeitraum von bis zu 12 Jahren unzumutbarem Fluglärm ausgesetzt. Dies lege den Verdacht nahe, dass Großprojekte wie der Ausbau des Frankfurter Flughafens oder des Großflughafens Berlin-Brandenburg ohne den notwendigen Lärmschutz realisiert werden sollen. Durch das vorgesehene Verkleinern der Schutzzonen und viele Ausnahmeregelungen wachse auch die Gefahr, dass Siedlungsgebiete sehr dicht an Flughäfen heranrücken würden. www.bund.net

Mo, 08.05.2006 Umweltausschuss (Anhörung) Bundestag

Umweltverbände lehnen Regierungspläne zum Fluglärmsschutz ab

Berlin: (hib/MPI) Die von der Bundesregierung geplante Novellierung des Fluglärmgesetzes stößt bei Umweltverbänden auf strikte Ablehnung. Die vorgesehenen Grenzwerte entsprechen nicht dem lärmmedizinischen Wissensstand, kritisierte der Koordinator des Arbeitskreises Flugverkehr, Werner Reh, am Montag in einer öffentlichen Anhörung des Umweltausschusses.

Zur Minderung des Gesundheitsrisikos müssten die Tag- und Nachtschutzwerte jeweils um fünf bis zehn Dezibel reduziert werden. Im Gesetzentwurf (16/508) sind für bestehende Flughäfen Grenzwerte für einen Lärmdauerschallpegel von 65 Dezibel tagsüber und 55 Dezibel nachts vorgesehen. Das bisherige Gesetz zum Schutz vor Fluglärm ist seit 1971 in Kraft.

Reh, Verkehrsexperte beim Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND), bemängelte, die geplanten Regelungen verschlechterten den Schutz der Anwohner vor Lärm. Zudem könnten bei Neu- und Ausbauten von Flughäfen die erforderlichen Schallschutzmaßnahmen bis ins Jahr 2018 gestreckt werden.

Er forderte mehr Maßnahmen im aktiven Lärmschutz, etwa Nachtflugverbote und Betriebsbeschränkungen für laute Flugzeuge. Würde der Fluglärmkatalog der Umweltverbände umgesetzt, verteuerte sich der Preis pro Flugticket "um lediglich 38 Cent", betonte Reh.

Wie in der Anhörung weiter deutlich wurde, lehnt die Luftfahrtwirtschaft schärfere Grenzwerte ab, erwartet aber vom Gesetzgeber vor allem mehr Planungssicherheit. Die Dauer von Planfeststellungsverfahren für Neu- und Ausbauten von Flughäfen halte er "für unerträglich", sagte der Direktor der Flughafen Köln/Bonn GmbH, Wolfgang Klapdor.

"Das kann nicht so weitergehen", betonte er und verwies darauf, dass das Planfeststellungsverfahren für den Ausbau des Münchner Flughafens 25 Jahre in Anspruch genommen habe. Der Direktor der Flughafen München GmbH und Präsidiumsmitglied der Arbeitsgemeinschaft deutscher Verkehrsflughäfen, Walter Vill, verlangte, das neue Gesetz müsse abschließende Regelungen über Schallschutz und Entschädigungen treffen. Er sagte, dass in der deutschen Luftfahrtindustrie rund 770.000 Menschen beschäftigt seien, ein Drittel davon auf Flughäfen.

Bei einem möglichen Wirtschaftswachstum von vier bis fünf Prozent könnten in den kommenden Jahren bis zu 100.000 neue Jobs in der Branche entstehen. Dies müsse auch bei neuen gesetzlichen Regelungen zum Lärmschutz beachtet werden.

Der Umweltpsychologe der Ruhr-Universität Bochum, Rainer Guski, nannte die geplanten Grenzwerte "erheblich zu hoch". Neuere Forschungen hätten ergeben, dass Betroffene heute stärker als früher auf Fluglärm reagierten.

Dies sei unter anderem auf den Anstieg der Flugzahlen insbesondere in die frühen Morgen- und Abendstunden zurückzuführen, in denen viele Menschen üblicherweise zu Hause seien, erläuterte Guski.

05.05.2006: Umweltausschuss Bundestag

Oeffentliche Anhoerung zu besserem Fluglaermerschutz

Berlin: (hib/MPI) Das von der Bundesregierung geplante Gesetz zur Verbesserung des Schutzes vor Fluglärm in der Umgebung von Flugplätzen (16/509) ist Gegenstand einer öffentlichen Anhörung im Umweltausschuss.

Am Montag, dem 8. Mai, stehen den Abgeordneten von 11.30 bis 15.30 Uhr der Direktor des Flughafens Köln/Bonn, Wolfgang Klapdor, und der Fluglärmexperte Werner Reh vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Rede und Antwort.

Als Sachverständige geladen sind zudem der Direktor des Flughafens München, Walter Vill, der Umweltpsychologe Rainer Guski von der Ruhr-Universität Bochum, Thomas Jühe von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Fluglärmkommissionen und Alexander Samel vom Institut für Luft- und Raumfahrtmedizin Köln.

Mit ihrem Geszentwurf will die Bundesregierung das bisherige Gesetz zum Schutz vor Fluglärm von 1971 grundlegend erneuern. So sollen die maßgeblichen Grenzwerte um die größeren militärischen und zivilen Flugplätze abgesenkt und das Verfahren für die Berechnung der Lärmbelastung modernisiert werden.

Dabei soll zwischen bestehenden und neuen beziehungsweise baulich erweiterten Flugplätzen sowie zwischen zivilen und militärischen Flugplätzen differenziert werden. Außerdem soll für Flughäfen mit relevantem Nachtflugbetrieb erstmals eine "Nacht-Schutzzone" eingerichtet werden. Bei der Anhörung geht es zudem um zwei Anträge der FDP-Fraktion (16/263) und der Bündnisgrünen (16/551).

Dessau, den 25.04.2006, UBA (Umweltbundesamt)

Neunter Tag gegen den Lärm am 25. April 2006:

Internationale Studien stimmen überein: Verkehrslärm erhöht das Herzinfarktrisiko Rund 4.000 Herzinfarkte pro Jahr in Deutschland durch Verkehrslärm

Straßenverkehrslärm kann zum Herzinfarkt führen. Zu diesem Schluss kommt das Umweltbundesamt (UBA) in einer aktuellen Untersuchung. Dabei wurden epidemiologische Studien ausgewertet mit dem Fazit: Liegt die Tages-Lärmbelastung durch Straßenverkehr über 65 Dezibel (dB (A)), steigt die Beanspruchung des Herz-Kreislauf-Systems deutlich an. Das bestätigt frühere Untersuchungen des Amtes aus dem Jahr 2004. Den aktuellen Daten zufolge könnten nach Auffassung der UBA-Experten jährlich etwa 4.000 Herzinfarkte auf den Straßenverkehrslärm zurückzuführen sein. Das UBA-Forschungsprojekt zog 61 internationale Studien heran, die den Zusammenhang zwischen Umweltlärm und Herz-Kreislauf-Veränderungen untersuchen. Dazu gehörten der Blutdruck, das klinische Bild des Bluthochdrucks, Durchblutungsstörungen des Herzens (ischämische Herzkrankheiten) einschließlich Herzinfarkt sowie medikamentöse Behandlungen wegen Herz-Kreislauf-Krankheiten.

Die stärksten Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen Umweltlärm und erhöhtem Herz-Kreislauf-Risiko zeigten sich nach den Untersuchungen für Straßenverkehrslärm und Herzinfarkt. Für eine zusammenfassende Beurteilung des Herzinfarktrisikos hat das Umweltbundesamt im Rahmen einer so genannten Meta-Analyse fünf nach strengen Qualitätskriterien besonders gut gesicherte Studien ausgewählt – darunter auch die UBA-Studie Chronischer Lärm als Risikofaktor für den Myokardinfarkt (NaRoMi-Studie) aus dem Jahr 2004.

Danach steigt das Herzinfarkt-Risiko oberhalb von Tages-Immissionspegeln von 60 dB(A) zunächst leicht, oberhalb von 65 dB(A) stärker an. Der Anstieg (relatives Risiko) liegt zwischen 5 und 50 Prozent. Lärmwirkungsforscher des UBA haben eine Risikokurve abgeleitet, mit der sich das verkehrslärmbedingte Herzinfarktrisikos schätzen lässt: Sie stützt sich auf über 12.000 Untersuchungspersonen, bei denen die Verkehrslärmpegel außen an den Wohnungen bestimmt wurden und medizinische Erhebungen zum Herzinfarkt erfolgten.

Verknüpft man diese Risikokurve mit Hochrechnungen des UBA über die Verkehrslärmbelastung der Bevölkerung (Lärmbelastungsmodell) sowie der allgemeinen jährlichen Herzinfarktrate in Deutschland nach Angaben des statistischen Bundesamtes (Gesundheitsberichterstattung), lässt sich schätzen, dass jährlich etwa 4.000 Herzinfarkte auf Straßenverkehrslärm zurückzuführen sein könnten. Während sich frühere Schätzungen zum Herzinfarktrisiko durch Verkehrslärm auf einzelne Untersuchungen stützten, beruht die nun abgeleitete Risikokurve auf mehreren Studien – und ist damit eine belastbarere Grundlage für Hochrechnungen.

Das Umweltbundesamt setzt sich deshalb weiterhin für eine Verminderung des Verkehrslärms ein.

Der Bericht „Verkehrslärm und kardiovaskuläres Risiko“ ist in englischer Sprache („Transportation Noise and Cardiovascular Risk“) in der Reihe WaBoLu-Hefte des Umweltbundesamtes als Nr. 01/06 erschienen und umfasst 113 Seiten. Er ist auf den Internetseiten des Umweltbundesamtes herunterladbar:

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-daten/daten/gesundheit/veroeffentlichungen.htm> oder http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/mysql_medien.php?anfrage=Kennnummer&Suchwort=2997

Ergänzende Presseinformationen zum Thema:

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pd06-001.htm>
<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-019.htm>

Diese Pressemitteilung: HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pd06-025.htm>
PDF: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pdf/pd06-025.pdf>

21.03.06 aus Apothekenrundschau

Lärm fördert Tumorwachstum - Erhöhtes Risiko für Krebs des Hörnerven

Baierbrunn (ots) - Wer dauerhaftem Lärm von mehr als 80 Dezibel (dB) ausgesetzt ist, erkrankt leichter an einem Tumor des Hörnerven (Akustikus-Neurinom), berichtet das Gesundheitsmagazin "Apotheken Umschau". 80 dB werden etwa an einer stark befahrenen Straße erreicht. Mediziner der Ohio State University (USA) ermittelten bei Lärmbelasteten ein anderthalbfach erhöhtes Risiko für das Akustikus-Neurinom, eine insgesamt seltene Krebsart. Das Gesundheitsmagazin "Apotheken Umschau" 3/2006 B liegt in den meisten Apotheken aus und wird kostenlos an Kunden abgegeben.

Mehr Presstexte auch online: www.GesundheitPro.de > Button Presse-Service (Fußleiste)

Originaltext: Wort und Bild - Apotheken Umschau

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=52678>

=====

NANOTECHNOLOGIE

03.05.2006

Dieselpartikelfilter: Ungeeignet zur Feinstaubfilterung

Gefährliche Nanopartikel müssen an der Quelle gereinigt werden

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=060503018>

Toxikologische Warnung in der Nanotechnologie

Langfristige Folgen können Auswirkungen wie Asbest aufweisen

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=060506002>

Anmerkungen Scherrmann:

Ich weise schon seit vielen Jahren immer wieder auf die möglichen Gefahren der Nanotechnologie hin. Immerhin wird jetzt (zaghaf) begonnen, darüber zu diskutieren.

06.04.2006: BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung

Nanotechnologie - Einsatz, Trends und Risiken

BfR holt bei Experten aktuelle Informationen zu Nanopartikeln in verbraucherrelevanten Einsatzbereichen ein

Der Einsatz von Nanopartikeln ist gar nicht so neu wie es durch einige spektakuläre Produkte auf dem Markt den Anschein haben mag. Bei den verbrauchernahen Produkten hat die Nanotechnologie, wenn auch nicht explizit so bezeichnet, schon vor Jahrzehnten etwa in Lacken oder Medikamenten Einzug gehalten. Auch in kosmetischen Produkten werden längst Nanopartikel aus Titandioxid oder Zinkoxid als UV-Filter eingesetzt. Trotz der weiten Verbreitung dieser Technologie gibt es zu ihrer Risikobewertung noch zahlreiche offene Fragen. Ein Expertengespräch im Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hat sich am 28. März 2006 mit den aktuellen Fragen zu Produkten mit Nanopartikeln und den Risiken für die Verbraucher beschäftigt.

Beim Einsatz der Nanotechnologie in der Produktherstellung werden den Produkten Stoffe mit einer Partikelgröße zwischen 0,2 und 100 Nanometern (10⁻⁹ Meter) zugesetzt. Nanotechnologie wird von vielen schon als Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts gehandelt. Doch stellt sich immer mehr auch die Frage, ob der versprochene Nutzen neuer Produkte mit Nanotechnologie nicht auch mit unbekanntem Risiken verknüpft sein könnte. Beim Expertengespräch von Wissenschaftlern aus Forschung, Praxis und Industrie im BfR standen die drei Anwendungsschwerpunkte kosmetische Produkte, Lebensmittel und Bedarfsgegenstände zur Debatte. Dabei wurden Fragen zu Stoffeigenschaften, Produktionsschritten, den Trends in verbraucherrelevanten Bereichen und vor allem zu den Risiken der Endprodukte diskutiert.

Der Einsatz von Nanopartikeln in Kosmetika ist vergleichsweise übersichtlich. In Haarpflegemitteln, Hautcremes und Sonnenschutzcremes werden Stoffe in diesem Größenbereich gezielt zugesetzt. Am weitesten verbreitet sind Nanopigmente aus Titandioxid oder Zinkoxid als UV-Filter in Sonnenschutzcremes. Die Pigmente wirken wie winzige mineralische Spiegel, die die UV-Strahlung reflektieren oder absorbieren und so die Haut schützen.

Das Verhalten auf der Haut aufgetragener Nanopartikel ist am Beispiel von Titandioxid und Zinkoxid gut untersucht. Alle auf dem Expertentreffen vorgestellten Ergebnisse zeigen, dass die Nanopartikel nicht in die gesunden Hautzellen eindringen. Hauptsächlich verteilen sie sich auf der Hautoberfläche. In tiefere Hautschichten gelangen sie über die Haarfollikel (Wurzelscheide), wo sie auch einige Zeit verbleiben. Das Haarwachstum befördert die Nanopartikel dann später wieder auf die Hautoberfläche. Ein tieferes Eindringen von Nanopigmenten wurde bei Mikroverletzungen der Haut beobachtet. Bei der Frage zum Risiko kamen die Experten zu dem Schluss, dass es für die Aufnahme über die Haut derzeit keine Hinweise auf eine spezielle „Nanotoxikologie“ gibt.

Unübersichtlich hingegen ist der Einsatz von Nanotechnologie im Lebensmittelbereich. Die zentrale Frage lautet: Was könnte über den zusätzlichen Einsatz von Nanoverbindungen bei Lebensmitteln an verbesserten Eigenschaften erreicht werden? Als einen zukunftssträchtigen Anwendungsbereich für Nanotechnologie sehen die Experten die Entwicklung von Novel Foods, in denen neue oder modifizierte Molekülstrukturen genutzt werden. In den USA wurden von der Food and Drug Administration bereits einige Produkte mit Nanopartikeln zugelassen. Von dort sind nach Kenntnis der Experten bisher keine gesundheitlichen Risiken berichtet worden.

Bei einigen Bedarfsgegenständen nutzt man Partikel in Nanogröße aufgrund ihrer physikalischen und chemischen Eigenschaften. Bei Verpackungen macht man sich die Barriere-Eigenschaften gegenüber Sauerstoff, Kohlendioxid und Wasser zunutze oder setzt sie als Lichtschutz und zur Verbesserung von mechanischen und thermischen Eigenschaften ein. So werden bestimmte Nanoverbindungen zum Beispiel im Kunststoff Polyamid eingesetzt. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Partikel auf darin verpackte Lebensmittel übergehen, wird als sehr gering eingeschätzt, da sich diese Schichten an der Außenseite befinden. Andere Verpackungen wiederum werden mit Nanoschichten aus Aluminium oder Siliziumoxid bedampft. Ob aus solchen anorganischen Schichten Partikel freigesetzt werden, ist

noch nicht geklärt.

Nanotechnologie wird seit vielen Jahrzehnten bereits in Lacken eingesetzt. Die kleinen Partikel sind dort mechanisch aktiv gebunden. Weitere Anwendungsgebiete sind antimikrobielle Beschichtungen bei Küchengeräten sowie mit Nanopartikeln modifizierte Textilien. Bei Textilien können Nanopartikel sowohl für die Entwicklung schmutzabweisender Oberflächen eingesetzt werden als auch als wirksame Wasserbarriere dienen. Antimikrobiell wirkende Silber-Nanopartikel werden in Schuhsohlen und einigen Bekleidungstextilien verwendet.

Bei der Untersuchung und dem Nachweis von Nanopartikeln wird derzeit der parallele Einsatz mehrerer Analysemethoden empfohlen.

Aus Sicht der Risikobewertung sind viele Fragen offen. Besonders die geeigneten Teststrategien zur Ermittlung gesundheitlicher Risiken stellen eine Herausforderung dar.

Anmerkung Scherrmann:

Endlich wird vom BfR angesprochen, dass "aus Sicht der Risikobewertung viele Fragen offen sind". Das ist schon seit vielen Jahren ueberfaellig.

31.03.2006

Vorsicht bei der Anwendung von „Nano-Versiegelungs-sprays“ mit Treibgas! Einsatz in geschlossenen Räumen kann Atemnot auslösen

Versiegelungssprays für Glas und Keramik, die mit feuchtigkeitsabweisenden Nanopartikeln ausgestattet sind und Treibgas enthalten, sollten nicht in geschlossenen Räumen angewandt werden. Darauf weist das Bundesinstitut für Risikobewertung aus gegebenem Anlass hin. Dem Institut wurden innerhalb kurzer Zeit von den Giftinformationszentren der Bundesländer 39 Fälle mit gravierenden Gesundheitsstörungen nach der Anwendung solcher Haushaltsprodukte gemeldet. Alle Betroffenen klagten über Atemnot. In sechs Fällen wurden Lungenödeme diagnostiziert, die klinisch behandelt werden mussten.

Versiegelungssprays mit Nanopartikeln für Keramik- und Glasoberflächen sind eine neue Art von Haushaltschemikalien. In Bad und WC sollen sie die Oberflächen wasser- und schmutzabweisend machen; Flüssigkeiten sollen abperlen ohne Schmutzränder und Kalkflecken zu hinterlassen. Die Mittel werden in Pumpflaschen und in Spraydosen im Handel angeboten.

Nach dem Einsatz der Spraydosen sind bei einigen Anwendern schwere Gesundheitsstörungen aufgetreten. Die Betroffenen haben offenbar Bestandteile der zerstäubten Sprays eingeatmet, die als feines Aerosol in der Raumluft verblieben waren. Die Partikel und Bestandteile der Sprays haben möglicherweise die Funktion des Alveolar- und Bronchialgewebes in der Lunge und damit den Sauerstoff- bzw. Feuchtigkeitsaustausch gestört. Atemnot und in schweren Fällen die Ansammlung von Wasser in der Lunge (Lungenödem) waren die Folge.

Bei Produkten, die über Pumpflaschen auf die Oberflächen aufgebracht werden, wurden solche Zwischenfälle nicht berichtet.

Die zuständigen Landesbehörden und die Giftinformationszentren der Länder haben inzwischen vor zwei Produkten gewarnt, die nach Angabe des Herstellers in Penny Märkten vertrieben wurden (z.B. www.giz-nord.de/php/index.php?option=com_frontpage&Itemid=1). Die Vorfälle sind auch in das europäische Produktwarnsystem RAPEX aufgenommen worden. Der Vertreiber hat eine Rückrufaktion gestartet und von der Anwendung der Sprays abgeraten.

Da die genauen Ursachen für die Gesundheitsstörungen noch nicht geklärt werden konnten, rät das BfR allen Verbrauchern, die Nano-Versiegelungssprays auf Treibgasbasis bereits gekauft haben, diese zumindest nicht in geschlossenen Räumen anzuwenden.

Es ist nicht bekannt, ob über die beiden genannten Produkte hinaus weitere, mit nanotechnologisch hergestellten Bestandteilen versehene, Treibgas enthaltende Produkte (z.B. Schuhpflegemittel, Imprägniermittel, Nässeblocker etc.) im Verkehr sind und Gesundheitsgefahren bergen könnten.

Wenn nach dem Gebrauch derartiger Sprays Atemwegsbeschwerden auftreten, sollten sich die betroffenen Verbraucher umgehend an einen Arzt oder an ein Giftinformationszentrum wenden. Wichtig: Für die Aufklärung der Zusammenhänge wird das verwendete Produkt benötigt!

Aus diesem aktuellen Anlass weist das BfR darauf hin, dass Ärzte in Deutschland nach dem Chemikaliengesetz verpflichtet sind, Gesundheitsbeeinträchtigungen im Zusammenhang mit chemischen Produkten an die Dokumentations- und Bewertungsstelle für Vergiftungen im BfR zu melden.

Das BfR arbeitet mit Hochdruck daran, die Ursachen für das Auftreten der aktuellen Gesundheitsstörungen zu klären. Ein wissenschaftliches Fachgespräch ist geplant.

Anmerkung Scherrmann:

Einer der Probleme ist, dass nur wenige der ca. 360 000 Aerztinnen in Deutschland Gesundheitsbeeinträchtigungen im Zusammenhang mit chemischen Produkten an die Dokumentations- und Bewertungsstelle für Vergiftungen im BfR melden. Nach meiner Erfahrung fragen die wenigsten von ihnen bei bestimmten Symptomen und/oder Krankheiten nach einem möglichen toxischen Hintergrund. Meldungen kommen i.a. höchstens dann, wenn die Akutvergiftung so stark ist, dass sie nicht mehr uebersehen werden kann. Chronische Belastungen im sogenannten Niedrigdosisbereich werden i. a. uebersehen.

=====

POLITIK - INDUSTRIE - UNEP

20.03.06

Förderung der nachhaltigen Entwicklung / Bayer und UNEP bekräftigen Partnerschaft

Leverkusen (ots) - Bayer und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) haben ihre Kooperation in der globalen Jugend-Umweltarbeit bekräftigt.

Bayer-Vorstandsvorsitzender Werner Wenning und UNEP-Exekutivdirektor Prof. Dr. Klaus Töpfer zogen heute in Leverkusen eine positive Bilanz aus den beiden ersten Jahren der Partnerschaft im Bereich Jugend und Umwelt.

"Gemeinsam mit UNEP haben wir eine Vielzahl von weltweiten Projekten auf den Weg gebracht. Damit leisten wir einen nachhaltigen Beitrag in der Jugend-Umwelterziehung", sagte Wenning.

"Unsere gemeinsamen Erfahrungen bestätigen uns in der Überzeugung, dass die oberste Umweltschutzbehörde der Welt und Bayer erfolgreich kooperieren und in vielfältiger Weise voneinander profitieren können."

"Von der Weitsicht und der Beharrlichkeit junger engagierter Menschen, eine bessere Zukunft für sich zu gestalten, wird das Wohl unseres Planeten maßgeblich abhängen", sagte Töpfer. "In der Partnerschaft von UNEP und Bayer kombinieren wir zwei wichtige Aspekte der nachhaltigen Entwicklung: die Förderung sauberer Technologien und die Einbeziehung der jungen Generation in die Bemühungen der Vereinten Nationen, eine gerechtere Welt für alle zu schaffen." Töpfer betonte, dass UNEP und Bayer "stolz auf eine Partnerschaft sein können, die als ein Modell für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen einer globalen Regierungsorganisation und einem global tätigen Unternehmen dienen kann."

Im Juni 2004 schlossen Bayer und UNEP für zunächst drei Jahre einen Kooperationsvertrag ab, der die vorherige Zusammenarbeit in Asien auf eine globale Basis stellte. Seither hat Bayer die Umweltbehörde der Vereinten Nationen dabei unterstützt, Jugendnetzwerke in Asien, Lateinamerika und Afrika aufzubauen und einen weltweiten Umweltgipfel zu etablieren, zu dem alle zwei Jahre rund 200 Delegierte von nationalen Jugend-Umweltorganisationen zusammen kommen. Weitere gemeinsame Maßnahmen sind ein jährlicher globaler Malwettbewerb für Kinder anlässlich des Weltumwelttages und das vierteljährlich erscheinende Jugendmagazin TUNZA.

Bayer fördert die gemeinsamen Aktivitäten nicht nur mit Finanzmitteln in Höhe von 1 Million Euro pro Jahr, sondern setzt die einzelnen Maßnahmen auch partnerschaftlich mit UNEP um. Zudem sind vom Konzern gegründete Projekte Teil dieser Partnerschaft geworden.

So werden jedes Jahr rund 50 "Junge Umweltbotschafter" aus 16 Ländern Asiens, Lateinamerikas, Afrikas und Osteuropas zu einer Studienreise nach Deutschland eingeladen. Bei Aufhalten in den

Bayer-Werken, Diskussionen mit internationalen Fachleuten und Besuchen von politischen Einrichtungen können sich die jungen Umweltschützer aus erster Hand über umweltschonende Technologien und modernes Ressourcenmanagement informieren. Auf einem alle zwei Jahre stattfindenden Wissenschaftsforum in der Region Asien/Pazifik entwickeln Studierende verschiedener Fachrichtungen gemeinsam mit renommierten Professoren praxisorientierte Konzepte für Nachhaltigkeits-Fragen. Ein jährlicher Fotowettbewerb in mehreren Ländern Osteuropas trägt zur Verankerung des ökologischen Gedankens in der Bevölkerung bei.

Wissenschaftskooperation von Bayer und Tongji-Universität

Bayer und die Tongji-Universität mit Sitz in Shanghai, China, haben heute in Leverkusen eine Absichtserklärung unterzeichnet, einen Lehrstuhl für Nachhaltige Entwicklung ("Sustainable Development") einzurichten. Bayer stellt für zunächst fünf Jahre Finanzmittel und Sachleistungen in der Gesamthöhe von 1 Million US-Dollar bereit.

"Die Wissenschaft kann wertvolle Beiträge zur nachhaltigen Lösung gesellschaftlicher Aufgaben leisten", sagte Dr. Udo Oels, im Bayer-Vorstand verantwortlich für Innovation, Technologie und Umwelt sowie für die Region Asien. "Als forschungsorientiertes Unternehmen legen wir großen Wert auf die Förderung der Wissenschaften. Das gemeinsame Engagement mit der Tongji-Universität ist Ausdruck unserer Unternehmenspolitik: Wir begleiten unsere wirtschaftlichen Aktivitäten in China mit Investitionen in zukunftsorientierte Gesellschafts-Projekte."

"Die Tongji-Universität hat den Themen Umweltschutz und Nachhaltige Entwicklung höchste Priorität verliehen. Wir sind sehr froh, in Bayer ein Unternehmen an unserer Seite zu haben, das sich durch hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit auszeichnet," sagte Professor Dr. Gang Wan, Präsident der Tongji-Universität. "Damit werden wir in die Lage versetzt, internationalen Studenten ein erstklassiges Ausbildungsprogramm in diesem Themengebiet anzubieten."

Im Rahmen ihrer Zusammenarbeit planen Bayer und die Tongji-Universität ergänzend zur Stiftungsprofessur auch Stipendien zu vergeben und Projektarbeiten zu initiieren. Bayer bringt dabei neben der finanziellen Unterstützung auch seine technologisch-wissenschaftliche Expertise ein.

Die Kooperationen mit UNEP und der Tongji-Universität sind Bestandteile des weltweiten gesellschaftlichen Engagements von Bayer, das derzeit etwa 300 Projekte in den Bereichen Bildung und Forschung, Umweltschutz, soziale Grundbedürfnisse sowie Kultur und Sport umfasst. Hierfür hat der Konzern im Jahr 2005 Finanzmittel in Höhe von rund 50 Millionen Euro aufgewandt.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Diese Presseinformation enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung des Bayer-Konzerns beruhen. Verschiedene bekannte wie auch unbekannt Risiken, Ungewissheiten und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, die Finanzlage, die Entwicklung oder die Performance der Gesellschaft wesentlich von den hier gegebenen Einschätzungen abweichen. Diese Faktoren schließen diejenigen ein, die wir in Berichten an die Frankfurter Wertpapierbörse sowie die amerikanische Wertpapieraufsichtsbehörde (inkl. Form 20-F) beschrieben haben. Die Gesellschaft übernimmt keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

- Querverweis: Bild wird über obs versandt und ist unter <http://www.presseportal.de/story.htx?nr=800347> abrufbar -
Originaltext: Bayer AG
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=12693>
Ihr Ansprechpartner: Dirk Frenzel E-Mail: dirk.frenzel.df@bayer-ag.de

Anmerkung Scherrmann:

Dies ist wirklich ein genialer Trick, um neue Technologien besser zu vermarkten und um bei neuen Technologien die Fragestellungen und den Markt im Griff zu haben.

=====

POLITIK - Mittel- und Osteuropa (MOE)

03.05.06 von der Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)

"Umweltprobleme machen nicht vor nationalen Grenzen Halt / Deutsche Bundesstiftung Umwelt fördert nachhaltige Wirtschaften in MOE-Staaten - 31 Millionen Euro

Osnabrück (ots) - Zwei Jahre nach der Osterweiterung der Europäischen Union (EU) befinden sich die zehn Beitrittsländer wirtschaftlich auf der Überholspur. Damit sie bei ihrem rasanten Anpassungsprozess nicht ökologisch "vor die Wand fahren", sollen die Belange der Umwelt nicht ausgebremst werden. Die nachhaltige Entwicklung in Mittel- und Osteuropa (MOE) zu fördern, ist deshalb ein wichtiges Anliegen der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) geworden. Als größte Umweltstiftung der Welt unterstützte sie bisher mit über 31 Millionen Euro rund 200 Modellprojekte in zwölf Staaten des ehemaligen Ostblocks. "Umweltprobleme machen nicht vor nationalen Grenzen Halt. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen darf es deshalb auch nicht", begründet DBU-Generalsekretär Dr. Fritz Brickwedde die ökologische Hilfe zur Selbsthilfe aus Anlass des Europatages Anfang Mai.

Seitdem die EU vor zwei Jahren um rund 738.000 Quadratkilometer gewachsen ist, werden gemeinsame Herausforderungen des Umweltschutzes in Mitteleuropa von den bisherigen und neuen Unionsländern zunehmend gemeinschaftlich angegangen. "Schon aufgrund geografischer Wechselwirkungen sind diese Probleme nicht allein dezentral sinnvoll zu bewältigen. Wir werden unsere vielfältigen internationalen Aktivitäten daher auch auf Kandidatenländer der nächsten EU-Beitrittsrunde ausbauen", so Brickwedde.

Von zentraler Bedeutung sei es, in den jungen Demokratien durch Umweltbildung ein ökologisches Bewusstsein zu entwickeln. Neben der breiten Öffentlichkeit stellt die Jugend eine besondere Zielgruppe dar für die Umweltkommunikation und den Kulturgüterschutz. Mit 125.000 Euro fördert die DBU etwa in Zusammenarbeit mit der Bergakademie Freiberg, der Karlsuniversität in Prag und dem Landratsamt Annaberg das freiwillige Engagement Jugendlicher bei der Restaurierung des umweltgeschädigten historischen Wassersystems im tschechischem Zisterzienserkloster Osek. Hier legen die ehrenamtlichen Helfer überwucherte Aquädukte, Kaskaden und Bassins aus der Barockzeit frei. In studentischen Arbeiten entstehen Konzepte für eine umfassende Sanierung.

Jährlich erhalten 60 hoch qualifizierte Hochschulabgänger aus den MOE-Staaten ein DBU-Stipendium. Sie absolvieren ein anspruchsvolles Praktikum in deutschen Einrichtungen des Umwelt- und Naturschutzes, um nach der Rückkehr ins Heimatland das nötige Rüstzeug für einen erfolgreichen Job zu haben. Eng verknüpft ist damit ein angestrebter Technologietransfer in den osteuropäischen Raum. Denn Voraussetzung für eine rasche und dauerhafte Vermeidung von Umweltschäden durch Übernutzung von zum Beispiel Seen und Flüssen sei die Umsetzung technischer Innovationen der Wasserwirtschaft, so Brickwedde. Bedarfsgerechte Schulungsunterlagen, Exkursionen und Seminare zu den Themen Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung und Gewässerbewirtschaftung sowie umwelttechnische Berufsausbildungen in den Staaten Mittel- und Osteuropas wird die DBU daher in den nächsten fünf Jahren mit bis zu 675.000 Euro fördern.

Neben der Weitergabe von Wissen werden regionale Initiativen bei ihrem handfesten Einsatz für den Natur- und Artenschutz unterstützt.

Mit dem World Wide Fund for Nature (WWF) zum Beispiel sichert die DBU langfristig den Lebensraum Aue am Unterlauf der Donau. Im bulgarisch-rumänischen Grenzgebiet wurden in den vergangenen Jahrzehnten die Überschwemmungsgebiete des zweitgrößten Flusses Europas vielerorts vom Strom getrennt, um sie für Land- und Forstwirtschaft zu nutzen. Eine späte Rache der Natur hierfür zeigte sich in der Überflutung des Donaudeltas nach Ostern. Als Bestandteil einer nachhaltigen Regionalentwicklung sollen die Auewiesen in den kommenden drei Jahren wieder hergestellt und "extensiv", das heißt ohne übermäßige Eingriffe in die Natur, bewirtschaftet werden. Insgesamt fördert die DBU dieses Modellprojekt von staatlichen und privaten Trägern des Naturschutzes an der Donau mit über 460.000 Euro.

Mit knapp 125.000 Euro unterstützt die DBU auch eine bulgarische Umweltinitiative, die sich für die dauerhafte Wiederansiedlung der vier europäischen Geierarten in dem Land zwischen Balkangebirge und Schwarzem Meer einsetzt. Um den Bart- (Gypaetus barbatus), Gänse- (Gyps fulvus), Mönchs- (Aegypius monachus) und Schmutzgeiern (Neophron percnopterus) "unter die Flügel zu greifen",

wurden befristete Futterplätze eingerichtet, erklärt Diplom-Biologe Wolfgang Fremuth von der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt. Langfristig würden mit der Wiederansiedlung von Karakachanshaffen und Balkangämsen die natürlichen Nahrungsgrundlagen der Aasfresser gefördert. Zur Erfolgskontrolle der Schutzmaßnahmen werden die Horstplätze der wegen ihrer Funktion als Kadaverbeseitiger "Gesundheitspolizei der Natur" genannten Vögel dauerhaft beobachtet.

Fotos zur kostenfreien Veröffentlichung unter <http://www.dbu.de/>
Originaltext: Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=6908>

Pressekontakt: presse@dbu.de www.dbu.de

=====

RADIOAKTIVITAET

Strahlentelex: Nr.464-465, 20.Jahrgang, 4. Mai 2006

Inhalt u.a:

Thomas Dersee: **Wir gehen nicht vorsichtiger um mit Radioaktivität, sondern nachlässiger. 20 Jahre Beobachtungen im Strahlenschutz**

Internationale Atomenergie Agentur (IAEA) und Weltgesundheitsorganisation (WHO) versuchten mit ihrem „Tschernobylprojekt“ zu vertuschen und abzuwiegeln. Tagungen in Bern und in Berlin haben dagegen gezeigt:

- Seit 20 Jahren befindet sich offenbar mehr Radioaktivität aus dem Katastrophenreaktor von Tschernobyl in unserer Umwelt, als bisher zugegeben und die Strahlendosen sind vielfach höher als nach physikalischen Abschätzungen zu erwarten wäre. Es reicht nicht, lediglich das relativ leicht meßbare und deshalb als Leitnuklid gewählte Radiocäsium zu betrachten.
- Die gesundheitlichen Folgen beschränken sich nicht auf Erkrankungen und Krebs der Schilddrüse. Wegen der größeren Einwohnerzahl ist in Westeuropa mit mehr Gesundheitsschäden durch die Reaktorkatastrophe zu rechnen, als in den Ländern nahe Tschernobyl, obwohl die durchschnittlich erhaltene Strahlendosis des Einzelnen bei uns viel niedriger ist als dort. Wen es trifft, den trifft es voll. Um so aufmerksamer sollten wir die Berichte über das Ausmaß und die Vielfalt der gesundheitlichen Schäden in der Ukraine, in Weißrußland und in Rußland verfolgen.

In der Folge der Reaktorkatastrophe vor 20 Jahren hat sich in der Wahrnehmung und Behandlung von Radioaktivität ein Wandel vollzogen. In den Interessenkonflikten um den Atomausstieg hat das dazu geführt, daß der Strahlenschutz in Deutschland abgeschwächt wurde, sogar über das von der EU geforderte Maß hinaus. Eine ökonomische Deckelung wurde eingeführt und der Grundsatz des Minimierungsgebots aufgegeben. Wir gehen tatsächlich heute nicht vorsichtiger, sondern nachlässiger mit der Radioaktivität um. Dem Fatalismus aber sollte nicht nachgegeben werden, denn die gesundheitlichen Folgeschäden sind größer als gerne behauptet. Ein Bericht von Thomas Dersee.

Den vollständigen Abstractband des Internationalen Kongresses „20 Jahre nach Tschernobyl Erfahrungen und Lehren für die Zukunft“ der Gesellschaft für Strahlenschutz e.V. und des European Committee on Radiation Risk (ECRR), den diese vom 3. bis 5. April 2006 in der Charité in Berlin veranstalteten, finden Sie unter [http://www.strahlentelex.de/20 Jahre%20 nach Tschernobyl Abstracts GSS Berlin-Charite_2006.pdf](http://www.strahlentelex.de/20_Jahre%20_nach_Tschernobyl_Abstracts_GSS_Berlin-Charite_2006.pdf)

Die Datei ist 1,4 MB groß.

Tschernobyl-Folgen: Streit um Tschernobyl-Opferzahlen

„Den Behörden nicht vertrauen“

Nach Auffassung der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW kann der Streit um die Opfer der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl beigelegt werden, wenn die zuständigen staatlichen oder staatsnahen Behörden und wissenschaftlichen Fachgremien dazu übergehen, seriöse und öffentlich nachvollziehbare wissenschaftliche Fakten zu veröffentlichen. „Wir brauchen den makaberen Streit um die Tschernobyl-Opfer nicht“, erklärte der IPPNW-Atomexperte Henrik Paulitz am 26. April 2006 anlässlich des 20. Jahrestages der Atomkatastrophe. „Es würde uns vollständig genügen, wenn die

zuständigen Behörden und die offiziellen Organisationen damit aufhören würden, ihre eigenen Zahlen zu manipulieren und die Öffentlichkeit zu täuschen.“ Die Internationale Atomenergie Organisation IAEO und die Weltgesundheitsorganisation WHO haben sich nach Auffassung der IPPNW mit ihrer Vorgehensweise selbst ins Abseits gestellt.

Atomwirtschaft: 20 Jahre nach Tschernobyl – und kein bißchen weise

Mit aller Macht und alter Propaganda versucht die Atomlobby wieder die nukleare Karte auszuspielen: Ressourcenverknappung, Klimaschutz und die Rede von „Öl und Gas als Waffen im strategischen Energiepoker“ sollen die Politik zur Rückkehr in die Atomgläubigkeit bewegen. Wissenschaftler halten dagegen, erwarten in Europa ohnehin einen Rückgang der Stromproduktion – und zwar sowohl in relativen als auch in absoluten Zahlen. Dr. Lutz Metz, Hochschullehrer am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft und Geschäftsführer der Forschungsstelle Umweltpolitik der Freien Universität Berlin, veröffentlichte anlässlich des 20. Jahrestages von Tschernobyl in der Zeitschrift „Osteuropa“ einen Beitrag zum Thema „Auslaufmodell? – Die Zukunft der Atomenergie in der EU“. Ein Bericht von Inge Lindemann.

Strahlentelex mit Elektrosmogreport, Unabhängiger Informationsdienst zu Radioaktivität und Gesundheit.

Kostenloses Probeexemplar: Strahlentelex@t-online.de, web: <http://www.strahlentelex.de>

=====

RECHT

05.05.2006 von UMWELTdigital 08/2006

Neue Vorschriften des Bundes:

- **UmweltHG - Umwelthaftungsgesetz**
- **TRGS 905 - Technische Regeln für Gefahrstoffe – Verzeichnis krebserzeugender, erbgutverandernder oder fortpflanzungsgefahrdender Stoffe**

...

- **Gefährdungen durch Laserpointer**

Weitere Informationen:

<http://www.umweltdigital.de/newsletter.html>

=====

TERMINE

Aktionstag Risiko Mobilfunk am 24. Juni 2006. Das Netzwerk Risiko Mobilfunk ruft alle interessierten Bürger zum ersten bundesweiten Aktionstag auf. Mehr unter <http://www.netzwerk-risiko-mobilfunk.de/>

=====

VERBRAUCHER - PRODUKTE

21.04.06 vom VDE

VDE-Zertifizierung für umweltfreundliche Produkte

Frankfurt/Main (ots) - Neu in Verkehr gebrachte Elektro- und Elektronikgeräte dürfen ab 1. Juli 2006 bestimmte Stoffe nicht mehr oder nur eingeschränkt enthalten. Um die entsprechende EU-Richtlinie zur Restriction of Hazardous Substances (RoHS) beziehungsweise die Stoffverbote nach dem Elektro- und Elektronikgeratengesetz (ElektroG) zuverlässig einzuhalten, bietet jetzt das VDE-Prüfinstitut den Herstellern auch im Rahmen der Produktprüfung und -zertifizierung die Begutachtung der RoHS-Konformität an. Die RoHS-Konformität eines Produktes wird zukünftig ein entscheidendes Kriterium für die Produktauswahl sein und kann auf diese Weise sowohl den Marktauftritt eines Herstellers verbessern als auch gleichzeitig einen wesentlichen Beitrag für mehr Rechtssicherheit leisten.

Nach der RoHS-Richtlinie und dem ElektroG dürfen keine elektrischen oder elektronischen Geräte mehr in den Verkehr gebracht werden, die Blei, Quecksilber, Cadmium, sechswertiges Chrom und/oder bromierte Flammschutzmittel (PBB, PBDE) enthalten. Hersteller und Handel sind dazu verpflichtet, die Schadstofffreiheit dieser Produkte zu gewährleisten.

Für eine zuverlässige Beurteilung der Konformität der betroffenen Produkte bietet das VDE-Prüf- und Zertifizierungsinstitut folgende Leistungen an:

- Beurteilung der Nachweisdokumente zur RoHS-Konformität (Level 1)
- Produktprüfung / Analytik (Level 2)
- Produktprüfung / Analytik mit Konformitätsüberwachung (Level 3)
- Begutachtung der Management-Prozesse zur RoHS-Konformität (Hazardous Substances Process Management) nach IECQ-Bestimmungen (IEC scheme for the quality assessment of electronic components and associated materials)
- Begutachtung des Umwelt-Management-Systems (UMS)

Werden die gesetzlichen Anforderungen an die Herstellerdokumentation (Level 1) erfüllt, erhalten die Unternehmen vom VDE-Prüf- und Zertifizierungsinstitut eine Übereinstimmungserklärung. Für die weiteren RoHS-Dienstleistungen wird - sofern die Anforderungen erfüllt sind - ein entsprechendes Zertifikat ausgestellt.

Nach einer positiven Beurteilung der RoHS-Unterlagen (Level 1) oder der RoHS-Prüfung (Level 2 und 3) werden die Produktinformationen zur RoHS-Konformität in die Online-Datenbank des VDE-Instituts eingestellt. Die Datenbank auf der Website des VDE-Prüfinstituts (www.vde-institut.com) gibt Aufschluss über die wichtigsten Daten VDE-geprüfter Produkte und wird von Einkäufern, Konstrukteuren, Händlern, Verbrauchern und Behördenvertretern regelmäßig als Informationsplattform genutzt.

Ergänzend zur RoHS-Konformitätsprüfung bietet das VDE-Prüf- und Zertifizierungsinstitut eine Produktbewertung an, mit der ein Nachweis zur Recycling-Fähigkeit nach der WEEE-Richtlinie (Waste Electrical and Electronic Equipment) beziehungsweise dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz geführt wird.

Originaltext: VDE Verb. der Elektrotechnik Elektronik

Anmerkung Scherrmann:

Auch hier wird - mal wieder - der meines Erachtens ungerechtfertigte Schluss gezogen, dass wenn in dem betreffenden Produkt kein Blei, Quecksilber, Cadmium, sechswertiges Chrom und/oder bromierte Flammschutzmittel (PBB, PBDE) enthalten ist, die Schadstofffreiheit dieser Produkte gewährleistet ist. Es koennen zigtausend andere Chemikalien zum Einsatz kommen, die zum Teil ueberhaupt noch nicht analytisch erfasst werden koennen. Bei einem Produkt also aufgrund des Nichtvorkommens einiger wenigen Chemikalien bzw. Substanzgruppen von einem Schadstofffreien Produkt zu reden, ist eine Irrefuehrung der KonsumentInnen. Trotz dieser meiner Kritik ist es natuerlich wichtig, dass dieses Zertifikat eingefuehrt wir. Zu wissen, dass manche Stoffe nicht drin sind, ist ja auch schon mal hilfreich.

Ich bin neugierig, ob diese VDE- Zertifizierung auch fuer Kranke mit Chemikalien- und/oder Elektromogunvertraeglichkeiten eine Hilfestellung bei der Auswahl sein wird.

=====

VEROEFFENTLICHUNGEN

Neurotoxikologie in der Umweltmedizin

Dr. med. Irina Böckelmann, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Inst. f. Arbeitsmedizin
Institut für Arbeitsmedizin, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Mai 2006

Zusammenfassung:

1. Bei den umweltmedizinisch relevanten Schadstoffen handelt es sich überwiegend um solche mit neurotoxischen Eigenschaften.

2. Als empfindlichste Gruppen sind Feten, Säuglinge und Kleinkinder herauszustellen, da ihr Gehirn aufgrund einer unreifen Blutliquorschranke unzureichend gegenüber neurotoxischen Schadstoffen

geschützt ist.

3. Unsere diagnostischen Möglichkeiten zur Erkennung neurotoxischer Verletzungen sind noch sehr dürftig.

4. Es wäre wünschenswert, dass sich Neurologen und Psychiater, Psychosomatiker und Neuropädiater intensiver in die Umweltmedizin einbringen.

5. Neurotoxische Einwirkungen sind für den Menschen relevant. Die Aufhebung der Exposition oder sogar schon die Expositions-minderung gegenüber diesen Schadstoffen mit neurotoxischem Wirkungsprofil führt zu erheblichen Besserungen der durch diese Schadstoffe ausgelösten Gesundheitsstörungen.

6. Der gegenwärtige Trend, neurotoxische Schadstoffeinwirkungen zu ignorieren und auch belastete Patienten primär der Psychosomatik und Psychiatrie zuzuführen, ist grundsätzlich falsch oder sogar ein Kunstfehler.

<http://www.med.uni-magdeburg.de/>

Vom Rhein-Main-Institut e.V.:

Fluglärm und intellektuelle Leistungsfähigkeit von Kindern

Fluglärm beeinträchtigt die schulische Leistungsfähigkeit von Kindern deutlich stärker als bislang angenommen. Das belegen neue Untersuchungen aus vier Ländern der europäischen Union. Die Lesefähigkeit und die Gedächtnisfunktionen sind signifikant verschlechtert, wenn die Schulen in einem fluglärm-belasteten Gebiet liegen.

Eine Fachinformation des Rhein-Main-Instituts, zusammengestellt von Prof. Dr. med. Martin Kaltenbach, Internist, Kardiologe und

Dr. med. Karl-Hermann Bartels, Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin, Umweltmedizin, steht als attraktive Broschüre für Sie zum Herunterladen bereit:

www.Rhein-Main-Institut.de/docs/Fluglaerm_und_Kinder.pdf

Broschüre: Lärm und Gesundheit

Neue Studien zwingen den Gesetzgeber zum Handeln

Nächtlicher Lärm wird nicht nur als unangenehm empfunden, er hat auch objektiv messbare Auswirkungen auf die Gesundheit.

Neuere Studien belegen, dass eine nächtliche Lärmbelastung von 50 dB(A) nicht nur zu subjektiven Belästigungen führt, sondern auch zu objektiven, krankhaften Veränderungen von Herz-Kreislauf-Parametern.

Fluglärm ist für den Menschen besonders störend. Deshalb muss als gesundheitlich zuträgliche Grenze ein Wert dienen, der zumindest 5 dB(A) niedriger liegt. Bei anderen gesundheitsschädigenden Noxen gelten vielfach höhere Sicherheitsabstände.

Die Umweltverschmutzung durch Lärm wird noch immer nicht hoch genug bewertet. Neue Forschungsergebnisse müssen aber zur Kenntnis genommen werden.

Auch unsere Flüsse wurden jahrhundertlang bedenkenlos als Abfalleimer benutzt, bis vor einigen Jahrzehnten ein Sinneswandel eintrat, der dazu geführt hat, dass unsere Flüsse jetzt immer sauberer werden. Wir freuen uns über die bessere Lebensqualität, obwohl diese Maßnahme der betroffenen Industrie einiges an Anstrengungen abverlangt hat. Langfristig überwiegen aber die positiven Effekte.

Wie beim Gewässerschutz und der Luftreinhaltung ist es auch beim Lärm an der Zeit, die Belastungen spürbar zu senken. Gefordert ist eine Strategie der „Lärm-Sanierung“, die vor keiner Quelle halt macht – auch nicht vor dem Flugverkehr. Wer in dicht besiedelten Regionen Flughäfen betreiben will, muss Rücksicht nehmen auf die Belange derjenigen, denen er Lärmbelastungen zumutet.

Die neueren Untersuchungen, zusammengefasst in dieser Broschüre, zeigen die hohe Relevanz von Lärmereignissen während der Schlafphase – und dies bei Werten, die deutlich niedriger liegen als bislang angenommen.

Vor diesen Erkenntnissen dürfen die Betreiber von Flughäfen, aber auch Gesetzgeber und Genehmigungsbehörden nicht die Augen verschließen.

Die vollständige Broschüre des RMI steht für Sie auch zum Download bereit unter: www.Rhein-Main-Institut.de/docs/RMI_Laerm_Gesundheit_20050623.pdf

*

Buch: Weiche Standortfaktoren

Im Rahmen des 2. Wissenschaftsforums: Zukunft Rhein-Main des Rhein-Main-Instituts Darmstadt wurde bei der Tagung "Erfolgsfaktoren regionaler Wirtschaftsentwicklung" die Rolle der weichen Standortfaktoren für die Regionalentwicklung auf Basis der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und anhand von Praxisbeispielen diskutiert.

Zu dieser Diskussion ist nun im Verlag Duncker & Humblot ein Buch erschienen.

Mehr zum Buch unter: www.Rhein-Main-Institut.de/docs/Buch_Weiche_Standortfaktoren.pdf

*

Buch: Cluster und Wettbewerbsfähigkeit von Regionen

Wettbewerbsfähigkeit, so stellen immer mehr Unternehmen fest, hängt in einer globalen Welt zunehmend auch von der Qualität des Umfeldes in der Region ab. Entsprechend kümmern sich wieder mehr Wissenschaftler, Wirtschaftsförderer und Unternehmen um die Region und um die spezifischen Bedingungen des Wachstums in Regionen. Dabei spielt für die Wettbewerbsfähigkeit der Begriff des "regionalen Wirtschaftsklusters" eine zunehmend wichtige Rolle. Die Clusterperspektive wurde vor allem von Michael Porter und seinem Mitarbeiter Claas van der Linde in die Diskussion eingebracht. Offensichtlich sind die Regionen im globalen Wettstreit im Vorteil, die starke Wirtschaftskluster besitzen.

Mehr zum Buch unter: www.Rhein-Main-Institut.de/docs/Buch_Cluster.pdf

Anhaltspunkte fuer die Aertzliche Gutachterttaetigkeit ; (nicht mehr oder unter geaenderter Adresse im Web)

Pdf -Datei mit 292 Seiten kostenlos downzuloaden. Oder Sie fordern sie ueber Scherrmann@safer-world.org an.

Vom Umweltinstitut München e.V. – vom 4. Mai 2006

Neue Broschüre: „gesunde Umwelt – gesunde Menschen. Lebensmittel aus ökologischem Anbau“

Auf 16 Seiten erfahren Sie, warum Sie Ihrer Gesundheit Gutes tun, wenn Sie beim Einkauf auf das Bio-Siegel setzen. Die Broschüre zeigt, was die Krankmacher in konventionell erzeugten Lebensmitteln sind. Wir erklären, warum es gefährlich ist, Nahrung gentechnisch zu manipulieren. Und wir geben Tipps zum Einkauf ökologisch produzierter Lebensmittel. Sie erhalten diese Broschüre kostenlos u.a. in der Stadtinformation am Münchner Marienplatz, im Umweltladen am Rindermarkt und den Stadtbibliotheken. Auf der Webseite steht die PDF-Version zum kostenlosen Download bereit. Hier die Adresse: www.umweltinstitut.org/frames/all/m423.htm

02.05.06 aus "Apotheken Umschau" 5/2006

Uneinsichtige Frauenärzte - Wissenschaftlerinnen verlangen, Wechseljahre als normale Lebensphase zu sehen

Baierbrunn (ots) - Die große Mehrheit der Frauenärzte sieht in den Wechseljahren der Frau immer noch ein behandlungsbedürftiges Problem.

So kam in einer Studie für die AOK heraus, dass 80 Prozent von 400 befragten niedergelassenen Frauenärzten die wissenschaftlichen

Warnungen vor der Hormonersatztherapie für übertrieben halten. "Das spricht dafür, dass der

Alterungsprozess von Frauen als Problem gesehen wird, das verhindert werden muss", sagt Professorin Dr. Petra Kolip, Gesundheitswissenschaftlerin an der Universität Bremen, im Gesundheitsmagazin "Apotheken Umschau". Sie und andere Wissenschaftlerinnen, die sich mit dieser Lebensphase beschäftigen, möchten die Wechseljahre eher als "interessante Variante im menschlichen Lebenslauf", so Kolip, sehen. "Die Frauen befinden sich heute erst in ihrer mittleren Lebensphase. Meist stehen sie fest im Berufsleben. Sie sind attraktiv und sexuell interessiert", pflichtet ihr Dr. Ulrike Brandenburg bei, Sexualwissenschaftlerin und Fachärztin für psychotherapeutische Medizin aus Aachen. Frauen sollten sich nicht die Kompetenz absprechen lassen, wenn es um die Bewältigung einer spezifisch weiblichen Lebensphase wie die Wechseljahre geht.

Das Gesundheitsmagazin "Apotheken Umschau" 5/2006 A liegt in den meisten Apotheken aus und wird kostenlos an Kunden abgegeben.

Mehr Presstexte auch online: www.GesundheitPro.de > Button Presse-Service (Fußleiste)

Originaltext: Wort und Bild - Apotheken Umschau

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=52678>

und/oder

21.03.06 aus VITAL

Frauenärzte ignorieren Risiken von Hormonpräparaten

Hamburg (ots) - Viele Frauenärzte ignorieren offenbar die Gesundheitsgefahren von Wechseljahrshormonen. Obwohl große Studien die Risiken der Präparate betonen, würden die Gynäkologen noch immer rund 34 Millionen Tagesdosen der umstrittenen Arzneimittel verschreiben, kritisiert der Gesundheitswissenschaftler Professor Norbert Schmacke von der Universität Bremen in der Zeitschrift VITAL.

"Damit sind noch immer weit mehr als drei Millionen Frauen einem offenen Feldversuch mit ungewissem Ausgang ausgesetzt", warnt der Mediziner. Zu den Gefahren der Hormontherapie zählen vor allem Herz-Kreislauf-Erkrankungen wie Herzinfarkt und Schlaganfall. Dennoch wird die Therapie von mehr als einem Drittel Ärzte befürwortet, 80 Prozent halten die Risiken für total überbewertet.

Die Ersatzhormone reduzieren vor allem Wechseljahrsbeschwerden wie Hitzewallungen, Schweißausbrüche und Schlafstörungen. Ein Schutz vor Osteoporose und Darmkrebs sind die Präparate nur, wenn sie ein Leben lang eingenommen werden. Auch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte und die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe (DGGG) sehen die Hormonpräparate kritisch. Sie sollten allenfalls dann eingesetzt werden, wenn durch die Wechseljahrsbeschwerden die Lebensqualität der Frauen deutlich reduziert wird. Experten empfehlen zudem, die Dosierung so niedrig wie möglich zu wählen und die Therapie auf höchstens zwei Jahre zu begrenzen.

Bei bestimmten Erkrankungen ist die Hormontherapie ohnehin tabu. Dazu zählen laut DGGG neben bestimmten Krebsleiden auch instabiler Blutdruck, Herzinfarkt, Schlaganfall, Gallenblasenleiden und Rauchen. Ohnehin sollten Frauen immer prüfen, ob nicht sanftere Mittel die bessere Wahl sind. Dazu zählen etwa Präparate aus der Traubensilberkerze, Johanniskraut oder Salbei. Um richtig wirken zu können, müssen sie allerdings hoch genug dosiert werden.

Diese Meldung ist unter Quellenangabe VITAL zur Veröffentlichung frei.

Originaltext: VITAL

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de>

Anmerkung Scherrmann:

Nach meiner Erfahrung mit der jahrelangen Lektüre der Apotheken-Umschau ist es schon erstaunlich, dass diese Zeitschrift in diesem Punkt so eindeutig Position bezieht. Erschreckend ist fuer mich die Zahl "80 %".

Dieses Beispiel zeigt m. E: auch deutlich, wie lange ein Umdenken in medizinischen Fachgesellschaft dauern kann.

Zudem: Ich denke, hier ist es wie in anderen Bereichen der Medizin, und vor allem wie im Bereich der

SIKs (Schadstoffinduzierten Krankheiten): Die AerztInnen muessten sich eingestehen, dass sie jahre- oder gar jahrzehntelang unzureichend therapierten. Um dies zu vermeiden, werden neue unbequeme Erkenntnisse zunaechst, wenn sie nicht mehr zu ignorieren sind, "fuer uebertrieben gehalten".

=====

ZEITSCHRIFTEN

Umwelt-Medizin-Gesellschaft 19. Jahrgang, Ausgabe 2/2006, S. 85-172. **Schwerpunkt: 20 Jahre Tschernobyl**

Inhalt u.a. :

E. Lengfelder und C. Frenzel: **20 Jahre nach Tschernobyl: Erfahrungen und Lehren aus der Reaktorkatastrophe**

I. Schmitz-Feuerhake: **Anstiege bei Fehlbildungen, perinataler Sterblichkeit und kindlichen Erkrankungen nach vorgeburtlicher Exposition durch Tschernobylfallout**

Bundesministerium fuer Umwelt: Atomkraft: **ein teurer Irrweg**

E. Schwarz und A. Bauer: **Therapeutische Optionen bei Patienten mit Multiple Chemical Sensitivity (MCS) und anderen chronischen umweltmedizinischen Erkrankungen**

H. Dunkelberg: **Präimplantationsdiagnostik, Forschung an embryonalen Stammzellen und Stammzelltherapie? Ein Plädoyer für eine nachhaltige Entwicklung in Gesundheitswesen und Medizin**

U. Diez und G. Winneke: **Leitlinie: Störungen der neurologisch- neuropsychologischen Entwicklung durch Schadstoffeinflüsse**

T. Merz: **Das neue Merkblatt zur BK 1317 verbessert die Rechtslage - die Chancen werden aber nicht genutzt**

W. Soddemann: **Mikrobiologische Trinkwasserüberwachung in Deutschland: weder unabhängig noch effizient**

R. Frentzel-Beyme: Kontroverse zur Virenübertragung durch Trinkwasser

R. Buntzel: **Braucht man die Agro-Gentechnik, um die Welt zu ernähren?**

umwelt-medizin-gesellschaft. Erscheint vierteljährig; Umfang je Ausgabe ca. 80 S.

Einzelpreis: € 10,- incl. MwSt. zzgl. Versand.

Abonnement: € 38,-, Ausland € 45,- incl. MwSt. und Versand.

Bestellungen und Probehefte: Umwelt – Medizin – Gesellschaft, Fedelhöfen 88, D – 28203 Bremen

E-Mail: info@umg-verlag.de Internet: <http://www.umwelt-medizin-gesellschaft.de>

=====

POLITIK - BEHOERDEN

=====

BUNDESTAG

siehe unter CHEMIKALIEN - TABAK und CHEMIKALIEN - REACH und unter LAERM

=====

BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung

Siehe unter NANOTECHNOLOGIE

Wissenschaftliche Bewertung von Formaldehyd: Neue Perspektiven für den Verbraucherschutz?

BfR-Fachveranstaltung am 9. Mai 2006

Formaldehyd wird in großen Mengen industriell hergestellt und ist in zahlreichen verbrauchernahen Produkten enthalten. Es entsteht außerdem im Zellstoffwechsel. Formaldehyd ist derzeit als "möglicherweise krebserregend" eingestuft. Nach eingehender Bewertung neuer Daten schlägt das BfR vor, die Substanz als "krebserregend für den Menschen" einzustufen, wenn sie über die Atemluft aufgenommen wird. Bei diesem Expositionsweg kann es zur Ausbildung von Tumoren im Nasen- und Rachenbereich kommen. Die Wirkung ist konzentrationsabhängig. Eine Raumluftkonzentration von

0,124 Milligramm pro Kubikmeter sieht das BfR im Hinblick auf die krebsauslösende Wirkung als sicher an. Zur Exposition auf inhalativem Wege sind allerdings noch zahlreiche Fragen offen. Diese will das BfR im Rahmen einer Veranstaltung klären, die Ende Mai stattfindet und auf der das Institut seine Neubewertung der Öffentlichkeit vorstellt.
Mehr unter <http://www.bfr.bund.de/cd/7801>

=====

UBA - UMWELTBUNDESAMT

siehe unter CHEMIKALIEN - REACH und unter LAERM

=====

Ende des newsletter/d/97

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: + 49 7352 940529, email: info@safer-world.org ,
web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt